

Protokoll

35. Sitzung vom 13. Dezember 2021

rsa

Seite 816

| | |
|---------------------------|---|
| Behörde | Gemeinderat |
| Traktanden | Siehe unten |
| Sitzungsdatum/Zeit | Montag, 13. Dezember 2021, 18:00 – 21:20 Uhr |
| Sitzungsort | Kulturhalle Glärnisch, Glärnischstrasse 5 |
| Teilnehmende | 33 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel |
| Entschuldigte | Charlotte Baer Lukas Wiederkehr Roger Kempf |

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Budget 2022 und Festsetzung des Steuerfusses
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 3. Dezember 2021 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug begrüsst die Anwesenden sehr herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Heute Abend besteht Maskenpflicht, ausser man spricht am Mikrophon. Herzlichen Dank den guten Seelen, die uns heute zur vorweihnachtlichen Einstimmung den schönen Weihnachtsbaum gemacht haben.

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Bericht und Antrag zum Budget 2022
-

10.07

2. Budget 2022 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Gemäss Artikel 25 Absatz 2 unseres Reglements muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

Für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wird vorgeschlagen, gemäss der Reihenfolge auf Seite 7 und 8 des Budgets vorzugehen.

Erstens wird über das vorliegende Budget 2022 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten. Zweitens wird der Steuerfuss 2022 verhandelt und festgelegt. Die endgültige Festlegung des Budgets ist abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket - Budget (evtl. mit Änderungen, diese werden dann nochmals festgehalten) und Steuerfuss - eine Schlussabstimmung durchgeführt.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es dagegen keine Einwände.)

Erstens Budget und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug Es wird Abteilung für Abteilung durchgegangen. Jeder Antrag der GRPK oder einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen sogleich abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2022.

Gibt es mehrere gleichgeordnete Änderungsanträge, kommt das Cup-System zur Anwendung. Das heisst, dass alle Anträge zusammen mit dem Antrag des Stadtrats nebeneinander zur Abstimmung kommen und jedes Mitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Wenn kein Antrag das absolute Mehr auf sich vereint, treten die beiden letztplatzierten Anträge gegeneinander an und der "Verlierer" fliegt raus. Dann wird wieder über alle restlichen Anträge abgestimmt usw., bis ein Antrag das absolute Mehr erreicht.

Wenn alle Abteilungen und alle Änderungsanträge behandelt sind, wird am Schluss über das bereinigte Budget 2022 als Ganzes abgestimmt.

Zur Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen)

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Am 7. Oktober 2021 stellten uns Walter Münch und Stefan Müller das Budget 2022 vor und im allerersten Moment war es eine mega positive Überraschung. Ich habe eigentlich schon erwartet, dass wieder ein Defizit ausgewiesen wird aber dort steht, dass es einen geringen Überschuss gibt. Ich möchte dem Stadtrat und allen Beteiligten an dieser Stelle danken für die Arbeit, die sie in die Ausarbeitung des Budgets investiert und natürlich auch für die Beantwortung all unserer Fragen, die wir gestellt haben.

Im Vorjahr hat die GRPK eine Steigerung des Personalaufwands kritisiert. Aber auch da ist es zu einer positiven Überraschung gekommen. Nominal gesehen steigt zwar die Lohnsumme im neuen Budget leicht, aber im Vergleich zum Bevölkerungswachstum, der Inflation und der Entwicklung der Steuereinnahmen ist die relative Ausgabe für Personalaufwand rückläufig. Auch das ist ein sehr erfreuliches Bild. Nach diesen beiden guten Nachrichten gibt es aber leider auch noch ein paar schlechte. Die Unternehmen im Kanton Zürich machen, so ist zumindest die Prognose, mehr Gewinn. Das war jetzt noch nicht die schlechte Nachricht. Die Steuerkraft im Kanton steigt dadurch an und wir erhalten mehr Finanzausgleich. Auch das ist keine schlechte Nachricht, im Gegenteil. Aber die schlechte Nachricht ist, dass es nicht so ist, dass wir unsere Ausgaben durch Zauberei zum Verschwinden gebracht haben oder dass der Stadtrat plötzlich ganz neue Einnahmenquellen erschlossen hat. Der Grund, warum das Budget so viel besser aussieht, ist zu einem sehr grossen Teil deshalb, weil wir mehr Geld vom Kanton erhalten. Es gibt aber noch eine viel schlechtere Nachricht. Das Budget sieht nur auf den allerersten Blick wirklich gut aus. Wenn genauer hingeschaut wird, verschwindet der Eindruck wieder. Im steuerfinanzierten Bereich haben wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 66%. Das bedeutet, jede dritte Investition, die die Stadt Wädenswil tätigt, kann nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden, sondern muss über Kredite bezahlt werden. In den Folgejahren sieht das gemäss Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) übrigens noch schlechter aus. Die GRPK ist sehr besorgt über die Entwicklung, die zu einer wachsenden Verschuldung führt. Die GRPK kann sich nicht ganz einigen, wo denn genau angesetzt werden soll, ob zig Millionen weggestrichen werden sollen oder Steuersenkungen der Vergangenheit rückgängig gemacht werden müssen. Insgesamt kann aber die GRPK mit dem Budget gut leben, was sich wahrscheinlich auch in der geringen Anzahl von Anträgen niederschlägt. Ich freue mich auf die Detailberatung.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Mein Ziel fürs Budget 2022 war ein ausgeglichenes Budget zu erarbeiten. Ausgeglichen ohne die beantragte Steuerfusserhöhung von 2 Prozentpunkten. Entsprechend haben wir seitens der Abteilung Finanzen auch Vorgaben an die Abteilungen gemacht. In mehreren Lesungen hat dann der Stadtrat die Aufwände und Investitionen auf Notwendigkeit und Prioritäten überprüft und die Abteilungen angewiesen, ihre Budgets wo nötig zu überarbeiten.

So konnten wir schlussendlich für das Jahr 2022 einen Ertragsüberschuss ohne Steuerfusserhöhung budgetieren. Zusammen mit der beantragten Erhöhung von 85% auf 87% ergibt sich ein Ertragsüberschuss von CHF 1.6 Mio. Gegenüber dem Vorjahresbudget konnte das

Ergebnis um ganze CHF 3.3 Mio., ohne Berücksichtigung der beantragten Steuerfusserhöhung, verbessert werden. Dieses erfreuliche Resultat wurde dank einer anhaltend strengen Ausgabendisziplin erreicht.

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, auf die grössten Veränderungen zum Budget einzugehen. Sie konnten diese bereits im Bericht des Stadtrats zum Budget 2022 lesen und die GRPK hat es in ihrem Bericht auch erwähnt.

Ich möchte noch kurz zum Finanz- und Entwicklungsplan etwas sagen, der für 2022 bis 2025 gilt. Wie Sie dort sehen, ist die Verschuldung die grosse finanzpolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Wir haben nach wie vor einen hohen Investitions- und Sanierungsbedarf für Schulraum und Infrastruktur. Aufgrund des tiefen Selbstfinanzierungsgrads müssen wir die Investitionen mehrheitlich durch Fremdkapital finanzieren. Die verzinslichen Schulden wachsen deshalb von CHF 117 Mio. Ende 2020 auf CHF 192 Mio. Ende 2025.

Aufgrund des Bevölkerungswachstums und den damit verbundenen notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, aber auch wegen des hohen Sanierungsbedarfs der Liegenschaften und der Infrastruktur, sind im Finanz- und Entwicklungsplan bis 2025 Investitionen von durchschnittlich CHF 27 Mio. pro Jahr eingestellt. Der gewichtete Selbstfinanzierungsgrad für diese Zeit liegt bei 36%. Entsprechend steigt die Nettoschuld pro Einwohnerin bzw. Einwohner von heute CHF 716 bis auf CHF 3'910 Ende 2025.

Zum Thema Steuerfuss werde ich dann später noch das Wort ergreifen. Ich beantrage darum im Namen des Stadtrats das Budget 2022 gemäss Antrag des Stadtrats zu genehmigen.

Zu den Abteilungen:
Präsidiales (Seite 64 bis 76)

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Martin Schlatter und ich besuchten die Abteilung Präsidiales am 11. November 2021. Wir danken dem Stadtpräsidenten und der Stadtschreiberin für die Beantwortung unserer Fragen und die zahlreichen Zusatzfragen. Ich betrachte die Ausführungen der GRPK zum Bericht und Antrag Budget 2022 als gelesen und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung den dortigen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Finanzen und Immobilien (S. 76 bis 86)
Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 28 bis 30)

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Am 15. November 2021 besuchten Marco Kronauer und ich die Abteilung Finanzen und konnten alle Fragen der GRPK klären und miteinander diskutieren. Ich möchte mich an dieser Stelle wie jedes Jahr für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Abteilung und ihren Verantwortlichen bedanken.

Die wichtigsten Zahlen können Sie alle aus dem Bericht der GRPK entnehmen. Bei der Abteilung Finanzen sind die grossen Beträge vor allem die Steuereinnahmen und der Finanzausgleich. Wiederum rechnet die Stadt mit einer Zunahme der Bevölkerung und somit mit Mehreinnahmen von über CHF 2 Mio. bei den Steuern. Letztes Jahr rechnete man infolge der Pandemie mit einem Einbruch der Einkommenssteuer. Das scheint aber aus heutiger Sicht nicht mehr einzutreffen. Auch wird mit einer Zunahme bei den Grundstücksgewinnsteuern gerechnet. Erholen wird sich wohl auch die Wirtschaftskraft des Kantons. So rechnet die Stadt für 2022 wieder mit mehr Mitteln aus dem Ressourcenausgleich.

Ich komme zu den Immobilien. Bei den Immobilien im Finanzvermögen ändert sich wenig. Die Erträge erhöhen sich hier infolge der Marktwertanpassung des ehemaligen Gemeindehauses Hütten. Das wird zurzeit saniert und in Zukunft vermietet. Bei den Immobilien im Verwaltungsvermögen werden neu die Schulgebäude zuerst in der Dienststelle Immobilien verrechnet und danach der Schule weiterverrechnet. Die Stadt möchte mit dieser Veränderung eine Vollkostenansicht aller Liegenschaften erreichen. Ebenfalls rechnet die Dienststelle Immobilien, wie auch in den Vorjahren, mit einer Erhöhung beim Unterhalt der Gebäude und Hochbauten. Das weil laut der Dienststelle die Nutzfläche der Schulgebäude in den letzten fünf Jahren um rund 34% gestiegen ist. Darin ist natürlich auch noch die Fusion mit Schönenberg und Hütten. Ohne die Schulanlagen der Berggemeinden sind wir bei einer Steigerung von ca. 13%. Auch kämpft die Stadt mit vermehrtem Vandalismus. Seit dem Jahr 2017 ist der Sachschaden um das 20-fache gestiegen. Mit der Abteilung Sicherheit wird nun geschaut, ob es möglich ist, die Schulanlagen mit Videokameras zu überwachen, um dem steigenden Vandalismus entgegenzuwirken.

Ebenfalls befasst sich die Dienststelle Immobilien weiterhin mit der Immobilienstrategie. Erste Erkenntnisse sind dem Stadtrat bereits vorgestellt worden. Als nächstes sind weitere Abklärungen in anderen Abteilungen nötig, um ein umfassendes Konzept erstellen zu können. Die GRPK wie auch der gesamte Gemeinderat erwarten zeitnah Berichterstattung der Dienststelle was die Immobilienstrategie betrifft.

Planen und Bauen (Seite 86 bis 101)

Globalbudgets Planen und Bauen:
Amtliche Vermessung und Werkleitungen (S. 31);
Online-Stadtplan (S. 32);
Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (S. 33);
Abwasseranlagen (S. 34/35);
Öffentlicher Verkehr (S. 36);
Öffentliche Grünanlagen (S. 37);
Friedhofbetrieb (S.38)

Mitglied der GRPK, Ursula Gall, Die Mitte: Zusammen mit Ulrich Reiter besuchte ich die Abteilung Planen und Bauen. Alle Fragen wurden beantwortet. Danke für die Kooperation. Wir haben ein schlechteres Ergebnis gegenüber dem Vorjahresbudget von CHF 1.2 Mio. Warum ist das so? Der grösste Kostenanstieg von rund CHF 1 Mio. ist beim ÖV. Der ZVV rechnet auch für das nächste Jahr infolge Corona wieder mit einer sehr hohen Kostenunter-

deckung. Die Kosten pro Einwohner steigen von CHF 108 auf rund CHF 153 pro Kopf gegenüber dem Vorjahresbudget. Auch ein hoher Kostenpunkt sind die Anzahl der Baubewilligungsverfahren und die baupolizeilichen Massnahmen vor allem in Schönenberg und Hütten. Die Zahl liegt dort nämlich deutlich über dem Wert, als vor der Fusion angenommen wurde. Dadurch erhöht sich der Personalaufwand, was wiederum zu tieferen Erträgen führt. Auch das sind mehrheitlich aufwändige Verfahren.

Auf der Ertragsseite ist gegenüber dem Vorjahresbudget vor allem bei den Abwasseranlagen und im Strassenwesen mit weniger Einnahmen zu rechnen. Der Grund ist, dass die ursprüngliche Gebührenerhöhung bei den Abwasseranlagen mit 40% gerechnet worden ist, der Preisüberwacher intervenierte aber und hat nur 30% zugelassen. Höchstwahrscheinlich wird es zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Gebührenerhöhung kommen, da grössere Investitionen anstehen, beispielsweise der ARA-Ausbau in der Rietliau, da die ARA Schönenberg aufgehoben wird.

(Marco Kronauer trifft ein.)

Werke (S. 101 bis 116)

Globalbudgets Werke:

Gas- und Wärmeversorgung (S. 39 bis 41)

Wasserversorgung (S. 42/43)

Entsorgung und Recycling (S. 44/45)

Tankstelle (S. 46)

Energie und Umwelt (S. 47/48)

(Keine Wortmeldung, Angelo Minutella ist noch nicht anwesend.)

Sicherheit und Gesundheit (S. 116 bis 134)

Globalbudgets Sicherheit und Gesundheit:

Stadtpolizei (S. 49/50)

Bäder (S. 51/52)

Mitglied der GRPK, André Zürcher, SVP: Am Donnerstag, 11. November 2021 besuchten Beat Lüthi und ich die Abteilung Sicherheit und Gesundheit und unsere Fragen wurden durch Stadtrat Jonas Erni und dem Abteilungsleiter Sebastian Epp kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken.

Wie Sie aus dem Bericht entnehmen können, ist der Aufwand etwa CHF 2 Mio. grösser geworden. Dies kommt hauptsächlich aus der Krankenpflege, was auch mit der heutigen Situation rund um Corona zu tun hat. Zusätzlich fallen auch wichtige Investitionen für die Feuerwehr, Polizei, den Zivilschutz usw. an sowie die ordentlichen Abschreibungen des Umbaus Bretterbadi. Wie die beiden Herren uns bestätigt haben, ist der Umbau der Bretterbadi auf Kurs und sie wird wie versprochen im Frühjahr 2022 wieder geöffnet.

Antrag der GRPK

Konto 061, Stadtpolizei (Globalkredit)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Ertrag auf dem oben genannten Konto wird um CHF 199'430 erhöht.

Alt: CHF 2'800'570

Neu: CHF 3'000'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Bereits letztes Jahr hat der Gemeinderat beschlossen, die Parkplatzgebühren zu erhöhen. Uns ist bewusst, dass die Entscheidung in die Kompetenz des Stadtrats gehört. Trotzdem ist die Mehrheit der GRPK überzeugt, dass die Parkplatzgebühren im Verhältnis noch immer zu tief sind und genau dort könnten Mehreinnahmen generiert werden. Wir fordern darum den Stadtrat erneut auf, die Gebühren zu überprüfen und anzupassen. Wer sich ein Auto leisten kann, kann sich nämlich auch einen Parkplatz leisten. Wir sind auch überzeugt, dass der Stadtrat genug kreativ ist, um die Parkplatzkosten so anzupassen, dass das Gewerbe nicht benachteiligt wird.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni: Selbstverständlich kann man diesen Antrag stellen, so wie er bereits im letzten Jahr gestellt wurde. Nur, wie auch richtig erwähnt wurde, liegt die Gebührenanpassung beim Stadtrat. Der Stadtrat diskutierte bereits nach dem letztjährigen Antrag nochmals darüber und kam klar zum Schluss, dass aufgrund der vor nicht allzu langer Zeit erfolgten Anpassungen, er diese nicht erneut erhöhen möchte. Selbstverständlich kann der Antrag gestellt werden. Wir bitten Sie aber, das nicht zu tun, da wir das als Budgetkosmetik betrachten und weil dies nicht auf die Schnelle angepasst werden kann, auch wenn der Stadtrat nochmals darüber gehen wird, allenfalls nach den nächsten Wahlen. Es wird also höchstens noch ein halbes Jahr betreffen und so ein hoher Betrag ist nicht realistisch.

Joël Utiger, Die Mitte: Wie bereits gesagt, haben wir schon bei der letzten Budgetdebatte über die Parkplatzgebühren diskutiert. Wie beim letzten Mal lehnt die Mitte-Fraktion die Gebührenerhöhungen der Parkplätze ab. Das schon angeschlagene Gewerbe soll nicht noch mehr belastet werden. Da dieser Antrag nicht in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, lehnt die Mitte-Fraktion den Antrag der GRPK ab. Wir können uns jedoch durchaus vorstellen, dass es beim Nachparkieren eine Gebührenerhöhung braucht. Darum bitten wir den Stadtrat, dies nochmals zu überprüfen.

Im Übrigen wird die Mitte-Fraktion die beiden weiteren Anträge der einstimmigen- bzw. mehrheitlichen GRPK unterstützen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Konto 0652.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Der Aufwand wird von CHF 145'000 auf CHF 105'000 reduziert.*

*Alt: CHF 145'000
Neu: CHF 105'000*

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Konto 066, Bäder (Globalkredit)

*Eine Mehrheit der GRPK beantragt:
Der Aufwand wird um CHF 20'000 reduziert.*

*Alt: CHF 2'505'406
Neu: CHF 2'485'406*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürcher, SVP: Hier geht es um das Konto 0662.311.00 Anschaffung Apparate für die Bretterbadi, mit CHF 30'000 budgetiert. Nach diversen Nachfragen haben wir leider keine richtige Antwort erhalten, für was die CHF 30'000 benötigt werden. Es hiess für Büromöbel, Kaffeemaschinen und Reinigungsmaschinen. Damit komme ich nicht auf CHF 30'000. Bei einem Umbaubudget von CHF 2 Mio. ist es mir nicht erklärlich, warum nochmals CHF 30'000 ausgegeben werden sollen. Zusätzlich gibt es noch weitere Kontopositionen für Verbrauchsmaterial, die im Budget plötzlich um CHF 12'000 gestiegen sind und diverse Reserven. Die Mehrheit der GRPK ist der Meinung, dass wir die CHF 20'000.- einsparen können ohne dass es Beeinträchtigungen gibt. Die Kosten könnten ins Umbaubudget gehen. Daher beantragen wir die Kürzung von CHF 20'000.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Schule und Jugend (S. 134 bis 149)

Globalbudget Schule und Jugend:

Soziokultur (S. 53 - 55)

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Am Donnerstag, 11. November 2021, besuchten Angelo Minutella und ich die Abteilung Schule und Jugend. Vielen Dank an dieser Stelle an die Stadträtin Alexia Bischof und ihre Mitarbeitenden für die Beantwortung unserer Fragen.

Wie Sie dem Budgetentwurf und dem schriftlichen Bericht der GRPK entnehmen können, budgetiert die PSW für 2022 einen Nettoaufwand von CHF 41.6 Mio. und rechnet damit mit einem Mehraufwand von rund CHF 1 Mio. mehr als gegenüber dem Budget 2021. Wie vielleicht für viele wieder erwartet oder auch nicht, wird auch das 2022 ein sehr herausforderndes Jahr. Zu den Details der Veränderungen verweise ich auf den Bericht der GRPK.

Ich möchte aber doch noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Mit der Leistungsüberprüfung und der Beantwortung der Interpellation zur Kostenentwicklung der PSW wurden im vergangenen Jahr die Grundlagen gelegt, die Kosten- und Ertragsseite der PSW zukünftig zu verbessern, zu verstehen und genauer zu variieren. Basierend auf dieser Leistungsüberprüfung sind erste Schritte eingeleitet worden und für den Schuljahreswechsel im Sommer 2022 geplant. Entsprechend werden diese Änderungen nur für einen Teil des Budgets wirksam und da sind es vor allem die Leistungen im Bereich der externen Betreuung, im Transport und bei den langfristigen Änderungen in der Sonderpädagogischen Betreuung, die helfen, die finanzielle Situation zu entlasten. Aus unserer Sicht besteht aber weiterhin Nachholbedarf, weitere Kennzahlen zu erheben, insbesondere im Bereich der Liegenschaften, der IT und dem laufenden Unterhalt. Im Bereich Liegenschaften sind beispielsweise die Schulen ein erstes Mal entlastet worden, indem die Kosten für die Turnhallen nicht mehr der Schule verrechnet werden, sondern der Abteilung Sicherheit und Gesundheit. Durch diese Verschiebung und auch weitere Änderungen bei der Kontierung, teilweise auch über Abteilungsgrenzen hinweg, war es teilweise schwierig, die Änderungen der Kosten im Vergleich zu den Vorjahren ohne Weiteres nachzuvollziehen. Daher ist es wichtig auch für das nächste Jahr, dass zukünftig Änderungen in der Kontierung proaktiv, klar ersichtlich und nachvollziehbar gekennzeichnet und aufgeführt werden. Diesbezüglich gilt das auch für die Dienststelle Soziokultur, die heute immer noch bei der Abteilung Schule und Jugend budgetiert wird, aber eigentlich vom Präsidialen geführt wird. Im Zusammenhang mit dem Legislaturwechsel ist es im neuen Jahr die Aufgabe, die Trennung auch entsprechend der Organisation durchzuführen.

Antrag der GRPK

Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 119'550 erhöht

Alt: CHF 3'550'350

Neu: CHF 3'669'900

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Vorher haben wir von Alexia Bischof ein schönes blaues Blatt erhalten. Der Titel hat mich getroffen: "Wie viel ist uns eine gute Bildung wert?" Das frage ich mich gerade auch. Der Spardruck der Schule ist jetzt definitiv im Schulzimmer angekommen. Es wird genau dort der Rotstift angesetzt, wo es weh tut, nämlich bei den Kindern. Die Schulpflege hat entschieden, das Sonderpädagogikkonzept zu überprüfen. Das ist gut und recht. So wissen wir inzwischen, dass unsere Sonderpädagogik teuer ist. Mich irritiert es aber ziemlich, dass schon vor dem Abschluss der Überprüfung einfach ein Teil der DaZ-Lektion gestrichen wird. Die Schulpflege sagt, sie überprüfe das Konzept und suche nach Möglichkeiten, die DaZ-Lektion so zusammenzulegen und zu streichen, dass die Schulqualität nicht leidet. Wo und wie sie das machen, wissen wir jedoch noch nicht. Die Schulpräsidentin redet von Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten, ein neues Konzept ist aber noch nicht auf dem Tisch. Für mich haarsträubend. Ich finde es nur schon den Kindern, Familien und Lehrpersonen gegenüber unfair, einfach Lektionen zu streichen, ohne dass ein ausgereifter Plan da ist und ohne überhaupt Fachpersonen in den Entscheid miteinzubeziehen. So wissen wir doch, dass viele Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse in den Kindergarten eintreten und so den Unterricht belasten. Genau in den unteren Schulstufen ist es wichtig, dass diese Kinder früh und intensiv unterstützt werden. Man weiss mittlerweile, dass der Schulerfolg von den Deutschkenntnissen abhängt. Nicht nur im Deutschunterricht haben fremdsprachige Kinder Mühe, sie haben bewiesenermassen auch Nachteile in Mathe und im sozialen Bereich und auch später einen Nachteil beim Schulerfolg. Sie fragen sich, warum die integrierte Förderung so dermassen teuer ist und warum unsere Schule für die Lehrpersonen plötzlich nicht mehr attraktiv ist? Ich kann Ihnen sagen weshalb, weil der Spardruck unterdessen im Schulzimmer angekommen ist. Weil Kinder und Lehrpersonen immer weniger Unterstützung erhalten, können die Lehrpersonen irgendwann ihren Job nicht mehr so ausüben, dass sie allen Kindern gerecht werden können. Man streicht Förderlektionen, senkt Klassenassistentenstunden, sucht keine Zivis mehr, die mithelfen und schliesst eine Kleinklasse. Stemmen müssen das unsere Kinder und die Lehrpersonen. Ich habe Sie das schon vor drei Wochen gefragt, wollen wir das? Wollen wir eine Schule, in der die Förderung nur noch ein Minimum kosten darf? Wollen wir eine Schule, die unattraktiv für Lehrpersonen aber auch für Familien ist? Eine Minderheit der GRPK und um es vorwegzunehmen, auch die SP-Fraktion, wehren sich deutlich gegen den immensen Spardruck und fordern Sie auf, auch bei den kommenden Anträgen Stellung zu nehmen und in die Diskussion einzusteigen, ob und warum beim Unterricht gespart werden soll.

(Angelo Minutella trifft während des Votums von Judith Fürst ein).

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Ich nehme zu diesem und den zwei folgenden Anträgen Stellung betreffend Budgeterhöhung in der Abteilung Schule und Jugend.

Seit Beginn der Legislatur bemängeln wir die sehr hohen Kosten pro Schüler in Wädenswil im Vergleich zu anderen ähnlich grossen Gemeinden und die fehlende Kostentransparenz. Zuerst wurde uns unterstellt, dass die präsentierten Zahlen nicht stimmen. Dann wurde uns vorgeworfen, dass die Zahlen nicht vergleichbar sind, trotz HRM2. Nach der von der Schule durchgeführten Kostenanalyse, für die wir sehr dankbar sind, wird uns vorgeworfen, dass es uns nur ums Sparen geht auf dem Buckel unserer Kinder. Und jetzt, wo die Schule und die

Schulpflege ihre eigenen Erkenntnisse in das Budget einfließen lassen, wird versucht, das Budget ohne Not zu erhöhen.

Wir haben bewusst auf Budgetänderungsanträge bei der Schule verzichtet, weil sich die Schule ernsthaft um Kostentransparenz bemüht und wir glauben, dass mit der erweiterten Führungsstruktur das Kostenbewusstsein auf allen Ebenen erhöht wird. Aber kaum werden die Themen Schule und Kosten in Verbindung gebracht, erzeugt das bei gewissen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ganz besondere Reflexe. Wir haben erstens eine fundierte Kostenanalyse, zweitens wurden die Problemfelder identifiziert, und drittens sind die Massnahmen durch Schulpflege und Schulleitung in die Wege geleitet. Und trotzdem versucht man die Schule und Schulpflege zu zwingen etwas zu tun, das sie selber nicht für notwendig erachtet und auch nicht verlangt hat. Lassen wir die Schule zuerst einmal den eingeschlagenen Weg in Ruhe begehen. Die Anträge sind zum jetzigen Zeitpunkt unnötig und ich empfehle Ihnen diesen Antrag und die folgenden zwei Anträge zur Schule und Jugend zur Ablehnung.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Ich bin leider vorher nicht gefragt worden, ob ich auch noch etwas dazu sagen will, darum mache ich das jetzt und komme danach zu den Anträgen.

Wie bereits bei der Beantwortung der Interpellation will ich im Namen der ganzen Schulpflege und des Stadtrats nochmals betonen, dass es uns wichtig ist, dass alle Wädenswiler Kinder eine gute Schulbildung bekommen. Sie wissen, und das habe nicht ich erfunden, Bildung ist die Investition in unsere Zukunft, welche sich x-fach rechnet. Wer eine gute Schulbildung erleben darf, findet den Einstieg ins Berufsleben viel leichter, wird weniger arbeitslos und kann auf eigenen Beinen durchs Leben gehen. Gute Bildung schützt vor Armut und daran haben wir ein grosses Interesse als Gesellschaft und auch aus finanzieller Sicht. Für eine gute Schulbildung setzen wir uns in der Schulpflege mit Kopf, Herz und Händen ein. Ich möchte an dieser Stelle bei allen, die sich in der Schule und für die Schule engagieren, herzlich danken sagen, vor allem allen Lehrerinnen und Lehrern, den Schulleitungen, den Betreuungspersonen in den Schülerclubs und allen anderen. Sie leisten nämlich sehr viel in einer mega schwierigen Zeit.

Allgemein stelle ich fest, dass unsere Schule auf einem guten Weg ist, auch dank der Unterstützung des Stadtrats und Gemeinderats. Die Erweiterung des Schulhauses Ort kommt bald an die Urne und für den Neubau beim Schulhaus Glärnisch bedanken wir uns nochmals. Wir haben aber ganz klar ein paar Herausforderungen. Die Schulpflege und ich sind motiviert weiter daran zubleiben und ein paar Schwachstellen Schritt für Schritt zu beseitigen.

Nochmals zu den Ausgaben der PSW, die Vergleichbarkeit usw. zu informieren und auch kritisch zu diskutieren. Darum machen wir den Infoanlass am 18. Januar 2022, zu welchem Sie alle eingeladen sind. Details finden Sie auf der blauen Einladung auf Ihrem Tisch. Wir freuen uns riesig, dass uns nach der Zahlenseite von Rüdi Bertels, Cornelia Kazis in einem Podium unterstützt. Reservieren Sie sich unbedingt diesen Termin. Zu einer guten Schule gehören auch gute Führungsstrukturen. Da konnten wir schon einen wichtigen Schritt mit

der Einführung der Leitung Bildung realisieren. Der Gemeinderat hat dies mit der Revision der neuen Gemeindeordnung möglich gemacht. Vielen Dank dafür.

Im Budget 2022 finden Sie die letzten Stellen, welche wir für die neuen Führungsstrukturen und zur Professionalisierung brauchen. Wir wissen, dass dies etwas kosten, sind aber überzeugt, dass sich das lohnt. Die Primarschule ist gross, der Schulbetrieb komplex. Dies sieht man während der Pandemie sehr gut. Insgesamt ist unser Nettoaufwand auf dem Niveau der Rechnung 2020. Das Budget wurde so minuziös wie noch nie gemacht. Alle Konten wurden auf Herz und Nieren geprüft und es gab dabei einige Verschiebungen. Dies, weil das eine oder andere nicht sinnvoll war. Jetzt zeigt sich das Budget so, wie wir es uns für die Zukunft wünschen. Dann wird es auch wieder einfacher, die verschiedenen Budgets miteinander zu vergleichen.

Zur Dienststelle Soziokultur noch etwas ganz Kurzes: Der Stadtrat hat im letzten Sommer die Projektphase abgeschlossen und entschieden, dass diese Dienststelle definitiv etabliert werden soll. Zurzeit wird geprüft, wo genau diese Dienststelle angegliedert werden soll. Bis dies feststeht, wird die Soziokultur vorübergehend von der Abteilung Präsidiales geführt. Der Stadtpräsident wird deshalb nachher noch ein paar Worte zu dieser Dienststelle sagen.

Nun will ich auf die drei Anträge bei Schule und Jugend zu sprechen kommen: Die beiden Punkte, Löhne von Lehrpersonen im DaZ und bei den Klassenassistenzen, miteinander. Wir haben uns in der Schulpflege sehr ernsthaft mit der Kostenanalyse auseinandergesetzt, als wir festgestellt haben, dass es in diesem Bereich etwas zu verändern gibt. Wir sind angehalten, unsere Konzepte und unser Controlling zu überarbeiten. Auf diesem Weg wollen wir erreichen, dass bei diesen Positionen die Ausgaben so gut wie möglich reduziert werden können oder im Minimum sicher nicht mehr ansteigen. Es geht um kantonale Vorgaben, die bei uns da nicht ganz gelebt werden. Nur um Klarheit zu verschaffen, es geht nicht darum, etwas zu haben oder etwas weglassen zu wollen, sondern um eine mögliche Verbesserung. Deshalb bitte ich euch, die beiden Anträge nicht anzunehmen, auch als positives Zeichen der Schulpflege gegenüber. Sonst wissen wir nämlich bald nicht mehr, ob wir nun auf unsere Ausgaben schauen müssen, dort wo es möglich ist, oder eben doch nicht. Das alles macht es nicht ganz einfach.

Noch etwas zu den Exkursionen, Schulreisen und Klassenlager: Die Primarschule war bei der Erarbeitung des Budgets aufgefordert, einen gewissen Rahmen einzuhalten. Da musste auch bei dieser Position angesetzt werden, da dies freiwillige Angebote sind. Eine Mehrheit der GRPK spricht sich für eine Erhöhung aus. Logisch würden wir uns in der Primarschule darüber freuen. Ich bitte euch aber einfach, falls ihr es tut, diesen Betrag dann nicht an einem anderen Ort einzusparen. Also Sie entscheiden, Danke für die Aufmerksamkeit.

Hans Roth, SP: Ich möchte zu den drei Anträgen etwas sagen und werde auf blumige Worte verzichten.

Zuerst geht es einmal um DaZ, also Deutsch als Zweitsprache. Die fremdsprachigen Kinder sind da, ob wir nun DaZ unterstützen oder nicht. Das dünkt mich wichtig. Je intensiver der Unterricht ist, desto besser können sich diese Kinder und Jugendlichen später in der Schule bzw. am Arbeitsplatz bewähren. Noch ein anderer Hinweis bezüglich DaZ. Man hat aufgrund

wissenschaftlicher Studien herausgefunden, je früher man damit beginnt, also am besten schon mit zwei oder drei Jahren, desto besser sind auch die Erfolge. Es ist mir deshalb nicht ganz ersichtlich, warum im Kindergarten so viele DaZ-Stunden gestrichen werden sollen.

Beim zweiten Punkt geht es um Klassenassistenzen. Da ist es so, dass die Kinder mit besonderen Bedürfnissen da sind. Gemäss Vorgabe des Kantons müssen diese integriert werden. Das kann man gut oder auch schlecht machen. Klassenassistenzen sind eindeutig eine gute Unterstützung für die Lehrerinnen und Lehrer.

Zum dritten Punkt, zu den Schulreisen, Hier geht es nicht nur um Fun, sondern ganz klar um Schulunterricht in der Begegnung mit der Natur oder mit den konkreten Gegenständen.

Ulrich Eckl, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion möchte auch noch ein paar Worte zu diesen drei Punkten sagen.

Bezogen auf die DaZ-Lektionen vertrauen wir auf unsere Primarschule, sie haben ein Konzept in Arbeit und sie wollen neue Settings umsetzen, die den Schulerfolg von diesen Kindern bei entsprechend gleicher Qualität sicherstellen sollen und wir lassen sie jetzt wirklich einmal arbeiten. Das heisst, wir empfehlen diese Erhöhung nicht anzunehmen.

Dann zum Thema Klassenassistenzen: Da lehnen wir den Antrag ebenfalls ab, weil das aktuelle Schuljahr mit dem geplanten Einsatz von Klassenassistenzen gezeigt hat, dass die Schule wirklich gut zurechtkommt und die gewünschte Entlastung da ist und warum soll man dann entsprechend erhöhen?

Und last but not least bezüglich der Exkursionen, Schulreisen und Lager: Das sind Themen, die die Kinder ein Leben lang erinnern lassen und bei denen sie wirklich einen positiven Eindruck mitnehmen können. Gerade in Zeiten von Corona, wo so viele Themen für die Kinder eingeschränkt sind, sollten sie diese Erlebnisse haben.

Urs Hauser, EVP: Ich weiss nicht genau, was für Filme ablaufen. Ich jedenfalls habe nicht den Eindruck, dass ich im gleichen Film wie Alexia bin.

Wenn ich mich beispielsweise bei Schulpflegerinnen umhöre, sagen diese mir, dass sie bei diesen Sparmassnahmen nur noch ja sagen und gar nicht mitdiskutieren konnten, da es einfach so vorgegeben wurde. Wir mussten CHF 1.0 Mio. einsparen, es war eine Vorgabe. Das ist jetzt ganz anders hinübergekommen. Die Schulpflege hat scheinbar miteinander mit aller Kraft und mit Überzeugung das Budget gemacht. Ich würde das in Zweifel ziehen.

Ich möchte meinen Ärger an den Stadtrat loswerden, und zwar zu seiner Stellungnahme. Er lehnt alle drei Anträge ab und glaubt, mit Augenmass entschieden zu haben. Laut Duden bedeutet Augenmass im übertragenen Sinne die Fähigkeit, in angemessener Weise zu handeln, mit Besonnenheit und Umsicht. Mit Verlaub, mit seiner Wortwahl hat der Stadtrat nicht nur leicht danebengehauen. Er desavouiert damit die GRPK, indem er ihr indirekt sagt bzw. gar unterstellt, dass ihre Anträge unseriös seien. Hat der Stadtrat bei seiner Stellungnahme auch tatsächlich Augenmass genommen? Hat er die diversen in dieser Debatte genannten Argumente schon mal angeschaut und hinterfragt? Hat er Kenntnis von der Stimmung unter

den Mitarbeitenden der PSW, die beispielsweise über eine klar fehlende Kommunikationsstrategie reklamieren? Es reicht nicht, immer wieder zu sagen, ihr macht alles gut und leistet gute Arbeit. Es müssen auch Handlungen folgen. Wie geht der Stadtrat mit der Situation um, dass bei der Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit in der PSW die Schulpflege und die Verwaltung sehr schlecht abschnitten? Es ist dringend, dass die Primarschule wieder einmal positive Signale erhält. Mit seiner Stellungnahme macht der Stadtrat das Gegenteil. Es ist ein bisschen Vogel-Strauss-Politik. Wann kommen endlich wieder bessere Zeiten?

Ich möchte nun auf die Anträge eingehen. "Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Bildung und Förderung mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Integration in die Gesellschaft", sagt ein Grundsatz, einer von vier, des sonderpädagogischen Konzepts des Kantons Zürich. Das gilt für alle, auch für solche mit anderem kulturellen und sprachlichen Hintergrund. Der DaZ-Unterricht nimmt gerade für diese mit dem Aufnahme-, resp. dem Aufbauunterricht eine wichtige Aufgabe wahr. DaZ-Lehrpersonen sind dabei nicht nur Sprach-, sondern auch Kulturvermittler. Mit der Kürzung beim DaZ werden die Nachhaltigkeit des DaZ und die Integrationskraft der Primarschule Wädenswil nachhaltig geschädigt. Die Vorgaben des sonderpädagogischen Konzepts werden im Bereich DaZ aufs Minimum reduziert. Zugegeben, Wädenswil war einmal auf dem Maximum. Aber das ist keine Entschuldigung. Fachpersonen werden nicht ernst genommen und demotiviert und am schlimmsten sind die Auswirkungen auf die Zukunftschancen unserer Migranten.

Folgendes gilt auch für die beiden anderen Anträge. Die Schulpflege kann keinen eigenen Standpunkt mehr entwickeln, sondern nur noch auf den Spardruck reagieren. Mit diesen Sparbudgets verspielen wir einige Qualitäten der Primarschule Wädenswil und lassen das Absinken der Bildungsqualität ins untere Mittelmass zu. An die bürgerliche Seite: Es ist so, wenn ihr herumschaut, wenn ihr wirklich in die Schule geht, ihr wollt ja eine gute Bildungsqualität, aber mit diesen Sparmassnahmen haben wir sie nicht mehr lange.

Zum Antrag Assistenzstellen: Die Regelklassen laufen am Anschlag, Klassenlehrpersonen sind am Ausbrennen. Der steigende Anteil an ISR-Kinder, immer grössere Heterogenität, unter anderem durch Integration und Inklusion, Stoffvielfalt, neue Kundschaft mit gesteigerter Forderungshaltung, und nicht zuletzt auch die Corona-Massnahmen und die Folgen von Corona. Mit der Aufhebung der Kleinklassen, darüber haben wir nie gesprochen, sollen 10 Kinder mit Anrecht auf Assistenz von je 5 Lektionen pro Woche in die Regelklassen wechseln, also 50 Lektionen pro Woche mehr Assistenzen. Und was machen wir? Wir haben eine Kürzung von diesem Budget, das uns die Schule und der Stadtrat vorlegen. Es ist absolut berechtigt, die Kosten dieses Budgetpostens wieder heraufzusetzen.

Zum Antrag Klassenlager/Schulreisen/Exkursionen: Eines der Herzstücke des Unterrichts, und das kann ich als Lehrperson so ganz sicher unterstützen und sagen, wird mit der Kürzung teilamputiert. Diese Angebote ausserhalb des Schulzimmers, häufig unter Einbezug von Fachleuten, die auch etwas ganz praktisches und konkretes hineinbringen, bringen handfeste, interessante und nachhaltige Lernerfahrungen. Diese will man nun zum Teil kürzen oder sogar abschaffen. Mir ist es ganz wichtig, und das sage ich als Lehrperson, die Attraktivität der Primarschule für gute Lehrpersonen sinkt in Wädenswil damit, da die Attraktivität ausserhalb des Schulzimmers ein Kernstück und das Herzstück von Lehrpersonen ist.

Wenn ich das nicht mehr machen kann, muss ich mich fragen, ob ich am richtigen Ort bin. Wädenswil wird gute Lehrpersonen verlieren und die Bildungsqualität wird dadurch leiden.

Claudia Bühlmann, Grüne: Ich hoffe wirklich, dass das Augenmass bei DaZ und bei der Klassenassistenz zutrifft. Ich kann mir das eigentlich gar nicht recht vorstellen, dass das wirklich nicht zu einem Leistungsabbau führt. Ich sage jetzt nichts zu diesen zwei Sachen, sondern nehme Stellung zum Punkt Exkursionen und Lager. Ich finde es wirklich ganz wichtig, dass dieser Antrag durchkommt, da in den vergangenen eineinhalb Jahren mit all diesen Schwierigkeiten, die Covid mit sich brachte, das Soziale zu kurz gekommen ist. Die Klassen liefen auf dem Minimum und all die Aktivitäten, die den Kindern etwas mehr Freude machen als die normale Schule, wurden gestrichen oder waren gar nicht möglich. Ich hoffe, es sieht zwar im Moment gar nicht so aus, dass irgendeinmal wieder Normalität einkehrt, wo solche Aktivitäten wieder normal werden bzw. wieder durchgeführt werden können. Dann möchte ich nicht hören, dass die Schule diese nicht durchführen kann, weil das Budget fehlt. Darum empfehle ich den Antrag anzunehmen.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich muss euch leider einen kleinen Gedankensprung zumuten. In meinem vorherigen Einführungsstatement zum Besuch der GRPK in der Abteilung Schule und Jugend habe ich leider den Besuch bei der Dienststelle Soziokultur unterschlagen. Am Freitag, 12. November 2021 besuchten Angelo Minutella und ich Philipp Kutter und sein Team. Wir bedanken uns für diesen Besuch und die Auskunft sowie für die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen ganz herzlich. Es ist eine wichtige Grundlage für uns, insbesondere, da wir vorhin von Alexia Bischof auch gehört haben, dass die Soziokultur in einen Dauerbetrieb überführt wurde und neue Aufgaben entwickelt worden sind und durch das Team auch umgesetzt werden. Die GRPK anerkennt die neuen Aufgaben, aber im Zusammenhang mit den Flag-Zielen wird das in der kommenden Budgetdebatte ganz sicher zu weiteren Diskussionen führen.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Äxgüsi, ich möchte noch etwas Richtig stellen, was Urs Hauser gesagt hat. Es ist nicht um CHF 1 Mio. gegangen, die wir einsparen mussten. Das ist eine Falschinformation. Wir verhandelten über CHF 300'000 und das war an einer ausserordentlichen Schulpflegesitzung zusammen mit den Schulleitungen. Wir mussten dort ansetzen, wo es uns möglich war und leider haben wir nicht so viele Bereiche, bei denen wir herumschrauben können und die nicht vorgegeben sind. Darüber mussten wir verhandeln.

Bei DaZ und Klassenassistenzen haben wir CHF 3.5 Mio. im Budget. Jetzt sprechen wir über CHF 120'000 und CHF 165'000. Bitte relativieren Sie das etwas. Wir, die Präsidentin und die Schulpflege, würden gerne alles so sein lassen wie es war und uns zurücklehnen. Aber von wem hören wir seit meinem Amtsbeginn, das wir sparen müssen? Es ist nicht der Stadtrat, der mir das an jeder Sitzung an den Kopf schlägt. Ich möchte das einfach noch gesagt haben. Mit dem Kleinklassenzeugs ist es so, dass wir Klassenassistenzen gesprochen haben, aber es nicht in diesem Pot ist. Das ist bei uns auf einem separaten Konto und da lassen wir alle Finger darauf, dass die eingehalten werden können. Ich freue mich auch darauf, wenn wir wieder eine positivere Stimmung in Sache Schule haben.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Über alle drei Anträge wird einzeln abgestimmt. Zuerst kommen wir zum Konto 0722.3020.00 Löhne der Lehrpersonen. Hier geht es darum, dass das Budget um CHF 119'550 erhöht wird. Einfach nochmals, damit ihr wisst, über was wir nun abstimmen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

Konto 0722.3020.00, Löhne der Lehrpersonen

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 65'000 erhöht.

Alt: CHF 3'550'350

Neu: CHF 3'615'350

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Wir haben vorhin zwar schon ganz viele Voten gehört über diesen Antrag. Trotzdem möchte ich noch meine Begründung mitteilen.

Wie Sie aus dem Budget des Stadtrats entnehmen konnten, will die Stadt auch bei der Klassenassistenz sparen. Dort besteht nämlich noch eine der wenigen Möglichkeiten, um Kosten zu minimieren. Bei den kantonal angestellten Lehrpersonen kann man nämlich nicht einfach Stellen streichen. Die Klassenassistenten, die als Unterstützung im Klassenzimmer gedacht sind, sind aber von der Gemeinde angestellt und gehen in die 10%, die nicht gebunden sind. Dort will sich die Stadt dem Spardruck beugen und Stellen streichen. Genau dort, wo kostengünstig eine Klasse unterstützt werden kann, genau dort, wo wir noch Spielraum haben, genau dort, wo es weh tut. Die Heterogenität in der Klasse nimmt seit Jahren zu. Individualisierter Unterricht ist gefordert und vor allem in den unteren Klassen benötigt es immer mehr Zeit für die soziale Integration von Kindern. Immer mehr Kinder brauchen Unterstützung bei der Organisation, beim konzentrierten Arbeiten, beim Bewältigen von Aufträgen und beim Umgang mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern. Die Lehrpersonen sind immer mehr auf Unterstützung angewiesen, damit sie sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können, nämlich das Unterrichten. Für mich macht es überhaupt keinen Sinn, dass man genau die günstigsten Ressourcen wegstreicht. Es ist weder weit, noch zu Ende gedacht. Streichen wir kostengünstige und niederschwellige Ressourcen, so nehmen wir in Kauf, dass die Klassen an den Anschlag kommen und so die Schule kostenintensive Unterstützung in Anspruch nehmen muss. Ich fordere Sie deshalb auf darüber nachzudenken, wo es sich wirklich lohnt zu sparen. Meiner Meinung nach ist die Schule mit der Klassenassistenz der falsche Ort.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

Konto 0722.3171.00 Exkursionen, Schulreisen und Lager

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 57'977 erhöht

Alt: CHF 177'023

Neu: CHF 235'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: An was erinnern Sie sich, wenn Sie sich an Ihre Schulzeit zurückerinnern? An die unlösbare Sätzlaufgabe im Rechnen? An die Grammatikstunde im Deutsch oder an die Vociprüfung im Französisch? Ich erinnere mich vor allem an das Weihnachtstheater im Kindergarten, ich war übrigens dort der Esel, ohne Witz. An die Wanderung auf dem Weg der Schweiz oder an die kurzen Nächte im Klassenlager in Frutigen. Genau auf die Erinnerungen soll jetzt bei unseren Kindern verzichtet werden.

Ich sage es gerne nochmals. Die Sparflut ist im Klassezimmer angekommen. Der Stadtrat möchte im kommenden Jahr bei Schulreisen und Klassenlagern sparen. Die beiden letzten Jahre mussten unsere Kinder wegen der Pandemie auf vieles verzichten. Exkursionen mussten auf das Minimum reduziert werden, klassenübergreifende Veranstaltungen wurden mehrheitlich abgesagt. Es gab kein Weihnachtstheater und keine Projektwoche. Dass man jetzt dort bewusst wegen dem Spardruck, und nicht etwa wegen der Pandemie, den Rotstift ansetzen will, kann die Mehrheit der GRPK nicht verstehen. Ich glaube, ich muss nicht darauf hinweisen, wie wertvoll es für eine Klasse ist, einmal ausserhalb von Leistungsdruck und Schule, etwas gemeinsam unternehmen zu dürfen. Ausflüge und Lager stärken eine Klasse, fördern das Lernen in einer Gruppe und sind zentral für das Erlangen von Sozialkompetenzen. Dort Gelder zu streichen ist kontraproduktiv und meiner Meinung nach falsch.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 17:16 zu.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich möchte noch ein paar Worte zum Bereich Soziokultur sagen, den Ulrich Reiter auch schon aus der Sicht der GRPK beleuchtet hat.

Der Stadtrat hat im letzten Sommer entschieden, die neu geschaffene Dienststelle Soziokultur definitiv einzuführen und gleichzeitig dem Präsidialen den Auftrag gegeben herauszufinden, wo die Dienststelle am besten angesiedelt werden soll, nicht räumlich, sondern im Rahmen unserer Struktur. Die Dienstleistungen der Dienststelle Soziokultur richten sich an alle Altersgruppen, an Kinder selbstverständlich, junge Familien, aber auch an Erwachsene und Betagte. Darum, das wissen wir schon, ist die Abteilung Schule und Jugend, die sich vor allem am Schulalter orientiert, wahrscheinlich nicht mehr der richtige Ort für diesen Bereich. Wir wollen bis im nächsten Frühling bzw. sicher im nächsten Jahr wissen, wo die Dienststelle angesiedelt wird und bis dahin hat Präsidiales ad Interim die Führung übernommen.

Ich möchte der GRPK-Delegation mit Ulrich Reiter und Angelo Minutella herzlich danken für den guten Austausch und die kritische Diskussion sowie die Fragen, die gestellt wurden. Es ist klar, dass es Fragen gibt, wenn ein solcher Bereich neu ausgerichtet wird. Wir haben das gerne beantwortet und stehen auch weiterhin für Auskünfte zur Verfügung. Beispielsweise habe ich angeboten und ich mache es gerne auch in diesem Kreis, dass wir bei Gelegenheit und wenn es gewünscht wird, berichten, wie sich der Bereich Soziokultur entwickelt. Weiter wurde der Wunsch geäußert, dass man den Schlussbericht zur abgeschlossenen Projektphase einsehen möchte. Auch diesem Wunsch wollen wir nachkommen. Wir sind noch am Überlegen, wie wir das am besten machen. Wahrscheinlich im Zeichen der Zeit digital.

Soziales und Frohmatt (S. 149 bis 168)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (S. 56/57);

Asyl- und Wohnbegleitung (S. 58/59);

Alterszentrum Frohmatt (S. 60/61)

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Am 10. November dieses Jahres besuchten Judith Fürst und ich die Abteilung Soziales. Wir danken Astrid Furrer und Markus Morger für die Beantwortung der Fragen.

Wie aus dem Bericht und Antrag zu entnehmen ist, steigen sowohl der budgetierte Aufwand wie auch der budgetierte Ertrag in der Abteilung Soziales. Der Nettoaufwand ist jedoch um CHF 1.9 Mio. tiefer. Zu grösseren Veränderungen führen das neue Kinder- und Jugendheimgesetz und die Anpassung des Kantonsbeitrags im Bereich der Zusatzleistungen. Neu trägt bei den Zusatzleistungen der Kanton 70% statt der bisherigen 50%, was jährlich CHF 3.5 Mio. bis CHF 4 Mio. mehr Einnahmen vom Kanton generiert. Im Kinder- und Jugendheimgesetz werden neu die Kosten zu 60% von den Gemeinden und zu 40% vom Kanton übernommen. Die Gemeinden bezahlen einen Betrag pro Einwohner, der jährlich vom Kanton nach den anfallenden Kosten angepasst wird. Obwohl bei der Abteilung Soziales wie auch bei der Schule gewisse Kostenpositionen wegfallen, bedeutet diese Gesetzesanpassung höhere Kosten für die Gemeinde Wädenswil. Die Abteilung Soziales rechnet mit einem Fallwachstum von 21% im Bereich der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe aufgrund der Corona-Pandemie, vorausgesetzt die Bundesmassnahmen laufen per Ende 2021 aus. Diese Annahme ist von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) übernommen und ist im Januar 2021 publiziert worden. Im Oktober dieses Jahres ist jedoch bereits eine neue Grundlage veröffentlicht worden, die mit einem tieferen Fallwachstum rechnet.

Ich komme zur Frohmatt. Am 11. November 2021 besuchten Judith Fürst und ich das Alterszentrum Frohmatt. Dabei wurden wir von Astrid Furrer und dem Geschäftsführer ad Interim Rüdiger Niederer empfangen. Danke vielmals für die Ausführungen.

Aktuell liegt die Nettoauslastung bei der gesamten Frohmatt bei rund 96%, was im Rahmen der angestrebten Zielgrösse liegt. Im Vergleich zum Budget 2021 wurde diese leicht gesenkt. Man geht davon aus, dass die Nachfrage nach pflegeintensiven Plätzen und Demenzplätzen hoch bleibt. Jedoch ist in der momentanen Situation die Zielgrösse immer noch hoch und optimistisch angesetzt. Wir erinnern uns daran, dass im Frühling dieses Jahres die Auslastung im Alterszentrum Frohmatt auf ein Fünfjahrestief gefallen ist, verursacht durch die Massnahmen der Corona-Pandemie.

Antrag der GRPK

Konto 0820.3637.30, Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe an schweizerische Staatsangehörige ohne Kostenersatz

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 110'000 gekürzt.*

*Alt: CHF 5'387'000
Neu: CHF 5'277'000*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Wie bereits vorhin erwähnt, basieren die Annahmen zu diesem Konto aus dem Januar 2021. Im Oktober dieses Jahres sind jedoch wiederum von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die neuen Zahlen zur aktuellen Lage und künftigen Herausforderungen bei der Sozialhilfe veröffentlicht worden. Dabei wird aufgezeigt, dass die bereits laufenden Massnahmen von Bund und Kantonen gute Wirkung zeigen und sich die Wirtschaft besser erholt als erwartet. Deshalb rechnet SKOS neu mit einem Fallwachstum von 13.8% bis ins Jahr 2023. In Absprache mit der Abteilung Soziales sind die beiden Anträge formuliert worden. Zum nächsten Antrag werde ich nichts mehr sagen, da es sich um das gleiche Thema handelt.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich möchte es ganz kurz machen. Der Antrag der GRPK ist einstimmig, das heisst, auch die SP steht hinter diesem Kürzungsantrag. Ich möchte hier aber nochmals betonen, dass es uns nur um die Budgetgenauigkeit geht. Auf keinen Fall wollen wir, dass die Abteilung Soziales dies als Aufruf versteht, Bezugsberechtigten keine Gelder auszuzahlen. Im Gegenteil, bereits heute erhalten schweizweit viele Bezugsberechtigte trotzdem keine Sozialhilfe. Zahlen dazu sind naturgemäss relativ schwierig aufzutreiben, schliesslich geht es ja genau um etwas, das nicht erfasst wird. Die Caritas geht davon aus, dass ein Viertel bis sogar die Hälfte aller Bezugsberechtigten keine Sozialhilfe erhalten. Gründe dafür sind beispielsweise mangelhaft ausgestattete Sozialämter, mangelnde Kenntnisse der Rechtslage auf Seiten der Betroffenen und vor allem die Angst vor

sozialer Stigmatisierung. Die SP erwartet hier, dass die Abteilung Soziales trotz dem Kürzungsantrag weiterhin alles tut, damit Bezugsberechtigte alle Unterstützung erhalten, die ihnen zusteht.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Konto 0820.3637.34, Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe an ausländische Staatsangehörige ohne Kostenersatz

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 110'000 gekürzt.*

*Alt: CHF 2'430'000
Neu: CHF 2'320'000*

(Auf die mündliche Begründung des Antrags wird verzichtet.)

(Keine Wortmeldungen.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Investitionsrechnung (S. 267 bis 286) und ordentliche Abschreibungen (S. 317/318)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Die Investitionsrechnung wird seitenweise durchgegangen. Falls das Wort dazu gewünscht wird, bitte ich dann, die Hand zu erheben.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es keine Bemerkungen.)

GRPK-Präsident Christian Gross, SP: Die Investitionsrechnung wird häufig etwas vernachlässigt und kommt am Ende der Sitzung. Trotzdem ist sie wichtig. Klar, das sind Ausgaben, die nicht wiederkehrend sind, und nur einmal anfallen, aber wir sprechen doch von netto CHF 21 Mio., die ausgegeben werden sollen, beispielsweise für Alterswohnungen, die Bretterbadi, den Fussballplatz Beichlen oder für gute Gemeindestrassen sowie ausreichenden Schulraum. Alles wichtig, alles nützlich, in der Summe aber auch sehr teuer. In den kommenden Jahren ist deshalb darauf zu achten, dass die notwendigen Investitionen zwar

zu tätigen sind, dass man aber darauf schaut, dass auch das Budget stimmt und es nicht allzu viel Investitionen werden und man trotzdem die Qualität der Immobilien halten kann.

Antrag der GRPK

Immobilien Verwaltungsvermögen, Konto 0222.5040.220, Erneuerungsinvestitionen Immobilien 2022-Rahmenkredit (S. 271)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 250'000 gekürzt.

Alt: CHF 1'000'000

Neu: CHF 750'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Die Fragen und der Antwortenkatalog zum Budget 2022 sind von zwei Parteien in Frage gestellt worden. Was wird da gemacht? Um welche Projekte handelt es sich da? Da die Antworten aus unserer Sicht zu wenig konkret und global beantwortet wurden, ist zwei Mal bei der Dienststelle Immobilien nachgefragt worden, um konkretere Antworten zu erhalten. Leider kann man uns nicht aufzeigen, welche konkreten Projekte da geplant sind, wie hoch der Betrag dieser Projekte ist und wie hoch der Betrag für Unvorhergesehenes ist. Die Antwort, man braucht mehr Flexibilität, ist meiner Ansicht nach definitiv zu ungenau. Aufgrund dieser Tatsache wird die Budgetkürzung beantragt.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Der vorliegende Antrag ist aus zwei Gründen abzulehnen: Erstens senkt er die Budgetgenauigkeit. In Anbetracht der Grösse des städtischen Immobilienportfolios sind Erneuerungsinvestitionen von CHF 1 Mio. durchaus glaubwürdig. Vor allem, wenn man bedenkt, dass gewisse Sachen bereits wieder aufgeschoben werden müssen. Wenn etwas kaputtgeht, muss es ersetzt werden. Wenn wir jetzt beim notwendigen Unterhalt streichen, dann erreichen wir vor allem eines: Die Abteilung wird die Investition trotzdem auslösen und zum Schluss haben wir ein Budget, das zwar schön aussieht, aber nicht realistisch ist. Damit bin ich beim zweiten Grund. Das politische Signal dieses Antrags ist fatal. Darum wird die SP den Antrag ablehnen. Der Antrag fordert die Abteilung auf, die städtischen Immobilien verlottern zu lassen. Das ist energetisch nicht besonders sinnvoll und finanzpolitisch auch nicht. Wer beim Unterhalt spart, bezahlt nämlich später doppelt. Ich bitte euch darum, den Schein-Spar-Antrag abzulehnen.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Wie Sie bereits in der Antwort des Stadtrats sehen konnten, lehnen wir diesen Antrag aus folgenden Gründen ab: Bei diesen Rahmenkrediten handelt es sich um Investitionen oder Sanierungsmassnahmen in der Grössenordnung von CHF 50'000 bis CHF 150'000. Grössere Projekte werden einzeln im FEP aufgeführt. Ein Teil dieser Summe reservieren wir für kurzfristige, nicht planbare Ausfälle, wie wenn beispielsweise eine Heizung kaputtgeht etc. Im Topf des Rahmenkredits befinden sich naturgemäss mehr Projekte, als mit den budgetierten Mitteln umgesetzt werden könnten. Es handelt sich auch um Sanierungen von sanitären Anlagen, brandschutztechnische Ertüchtigungen von Gebäu-

den, Reparaturen von Gebäudehüllen etc. So erlaubt der Rahmenkredit eine gewisse Flexibilität bei Veränderungen von Prioritäten. Kurzfristige, nicht planbare Massnahmen können in den meisten Fällen innerhalb des Rahmenkredits kompensiert werden. Bei einer Budgetierung von Einzelprojekten kämen kurzfristige, nicht planbare Fälle als gebundene Ausgaben zusätzlich dazu.

Weiter kann ich versichern, dass

- die Freigabe dieses Rahmenkredits innerhalb der ordentlichen Kompetenzordnung unterliegt. Das heisst, nicht ich entscheide, sondern der Gesamtstadtrat ab CHF 100'000.
- der Rahmenkredit auch eine rasche Reaktionszeit ermöglicht, beispielsweise wenn es hineinregnet oder eine Heizung ausfällt.
- dieser Rahmenkredit sich nicht grundsätzlich von Infrastrukturrahmen unterscheidet. Wir haben auch in anderen Abteilungen Infrastrukturen, die mit Rahmenkrediten unterhalten werden.

Die Dienststelle Immobilien unterhält heute über 80 Objekte mit einem Gebäudeversicherungswert von rund CHF 230 Mio. im Verwaltungsmögen. Die budgetierte Summe von CHF 1 Mio. ist in Relation dazu im absoluten unteren Bereich der technischen vertretbaren Bandbreite. Auch die FLAG-Ziele sehen vor, dass wir alles machen müssen, um den Werterhalt mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen sicherzustellen.

Früher waren diese Kleinprojekte einzeln im Budget aufgeführt. Aufgrund der benötigten Flexibilität bei der Priorisierung erachten wir dies nicht mehr als sinnvoll. Würden alle nur erdenklichen Massnahmen einzeln budgetiert, so wäre die Summe der Massnahmen deutlich höher als der beantragte Rahmenkredit.

Die Kürzung des Rahmenkredits im Budget 2021 hat unnötigerweise zu einem weiteren Instandsetzungsstau geführt. Eine neuerliche Kürzung würde die Situation nur noch verschärfen. Es käme unweigerlich zu ungeplanten Ausfällen oder Folgeschäden durch unterlassene Instandsetzungen. Die notwendigen Ausgaben für Notmassnahmen wären viel teurer, als wenn eine Reparatur planmässig gemacht wird. Im Übrigen regeln auch das Gemeindegesetz sowie die Gemeindeverordnung die Unterhaltungspflicht und den Substanzerhalt. Sie ist von Gesetzes wegen vorgegeben. Das heisst, der Entscheidungsspielraum ist hier sehr klein.

Sagen Sie heute Abend ja zu diesem Antrag, ist die Folge, dass wir nicht nur Finanzschulden, sondern auch Bauschulden anhäufen. Die Mieter unserer Liegenschaften sind relativ anspruchlos, aber dankbar, wenn wir die Liegenschaften trotzdem angemessen unterhalten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:14 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Die nächsten beiden Anträge betreffen beide dasselbe Konto. Erst wird über den Antrag der Weisungspflicht abgestimmt. Erst dann wird über den Antrag der GRPK abgestimmt, ob der Betrag gestrichen wird.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es dagegen keine Einwände.)

Antrag der FDP/GLP Fraktion

Sicherheit und Gesundheit, Konto 0671.5030.461, „Sanierung Trainingsplatz Beichlen“ (S. 283)

*Die FDP/GLP Fraktion beantragt:
Der Posten ist einer Weisungspflicht zu unterstellen.*

*Alt CHF 600'000
Neu CHF 600'000**

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Wie gesagt, geht es hier um die Sanierung eines Trainingsplatzes auf der Beichlen, dessen Entwässerung offenbar nicht mehr zufriedenstellend funktioniert. CHF 600'000 sind aber auch in der Investitionsrechnung ein erheblicher Posten, zumal im Budget 2022 bereits CHF 200'000 für die Umstellung der Beleuchtung in der Beichlen auf LED vorgesehen sind.

Wir sind der Meinung, dass es sich der Stadtrat zu einfach macht, für die Kompletterneuerung dieses Trainingsplatzes von einer gebundenen Ausgabe zu sprechen, die einfach sein muss, alternativlos ist und die der Gemeinderat diskussionslos durchzuwinken hat.

Wir stellen daher den Antrag, diesen Budgetposten mit einer Weisungspflicht zu versehen, die auch allfällige alternative Lösungsvarianten aufzeigt. Zudem soll die Weisung eine Gesamtschau über die Bedürfnisse des FCW bezüglich Erneuerungs- oder Erweiterungsinvestitionen in den nächsten 10 Jahren enthalten, wobei auch der Beitrag des FCW (Stichwort Eigenleistung, eigene Sponsoren) zu thematisieren ist, damit auch wir im Rat einen Überblick haben, was in den nächsten 10 Jahren auf uns zukommt. Sollte dieser Budgetposten nicht einer Weisung unterstellt werden, wird die FDP/GLP Fraktion gemäss dem zweiten Antrag zu diesem Konto für die Reduktion auf 0 stimmen.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni: Wir haben es gehört, die FDP/GLP-Fraktion verlangt, den Betrag mit einem Sternli zu ergänzen bzw. bezweifelt die Gebundenheit dieser Ausgabe. Dies obwohl der Ratssekretär und Jurist ihnen schwarz auf weiss mitgeteilt

hat, was die Möglichkeiten an einer Budgetsitzung sind: Entweder Beträge erhöhen, Beträge reduzieren oder Beträge streichen. Zudem kann ich Ihnen versichern, dass der Stadtrat die Gebundenheit überprüft hat.

Ich kann Ihnen klar und deutlich mitteilen, wir sind ins Archiv gestiegen und haben den Antrag gefunden, der ziemlich genau vor 20 Jahren behandelt wurde, nämlich am 3. Dezember 2001. Dort hat der Gemeinderat beschlossen, den Trainingsplatz zu realisieren bzw. den entsprechende Betrag genehmigt. Das heisst, die Ausgabe ist regulär bewilligt worden. Entsprechend handelt es sich jetzt um eine Sanierung, die klar und deutlich gebunden ist.

Lassen Sie mich noch etwas Inhaltliches dazu sagen. Der 20-jährige Trainingsplatz ist sehr stark beansprucht. Jedes Mal, wenn es regnet, Sie wissen, dort oben war ein ehemaliges Hochmoor, müssen enorme Mengen von Wasser mittels einer Drainage abgeführt werden, die im Boden verlegt ist. Die Drainage ist jetzt durch die Beanspruchung kaputt. Es entstehen grosse Wasserflächen. Der Trainingsplatz kann je länger je weniger benutzt und muss öfters gesperrt werden. Die jetzt schon zahlreichen Mannschaften haben noch weniger Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung. Es ist aber nicht nur nass, sondern es entsteht auch ein Loch, ich habe es selber angeschaut, auch wenn es weniger feucht ist. Das heisst, der Platz ist eingeschränkt nutzbar und die Verletzungsgefahr steigt. Wie vorher ausgeführt, ist der Antrag, der die Gebundenheit bezweifelt, weniger klar formuliert als die entsprechende Kürzung, die Sie natürlich verlangen können. Nur heisst das, dass unser grösster Sportverein mit rund 800 aktiven Mitgliedern weniger Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung hat, obwohl er bereits jetzt eine grosse Warteliste hat. Der FC hat entsprechend eine grosse soziale Funktion für die Freizeitbeschäftigung und unter anderem auch für die Integration. Entsprechend empfehlen wir Ihnen dringend, die beiden Anträge abzulehnen.

Joël Utiger, Die Mitte: Für die Mitte Fraktion ist klar, Vereine spielen in einer Gesellschaft eine sehr wichtige Rolle. Vereine bieten eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung an. Speziell Kinder und Jugendliche können durch das Vereinsleben vieles für ihr weiteres Leben mitnehmen. Man lernt Sachen wie Teamgeist, Fairplay, gegenseitige Wertschätzung und vieles mehr. Ausserdem hat eine aktive Mitgliedschaft in Vereinen, besonders bei Sportvereinen, eine sehr positive Auswirkung auf die psychische und physische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen wie aber auch für die Erwachsenen. Gerade in einer Zeit, in der sich einige alleine und einsam fühlen, sind Vereine ein wichtiger Anker für die soziale Teilhabe in der Gesellschaft.

Der FC Wädenswil ist mit seinen über 800 Mitgliedern der grösste Verein in Wädenswil. Von den Junioren bis zu den Veteranen, vom Breitensport bis zum Leistungssport. Unterschiedlichste Altersstufen können durch den FC Wädenswil profitieren. Ein Verein lebt aber auch von vielen Menschen, die sich für den Verein engagieren, dies zum allergrössten Teil ehrenamtlich. Trotz viel ehrenamtlich geleisteter Arbeit sind Vereine auf Geldgeber angewiesen, sei dies durch Sponsoren oder eben auch durch die öffentliche Hand. Die Stadt Wädenswil hat ein grosses Interesse, dass sich möglichst viele Menschen in den Vereinen aktiv engagieren. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Vereine eine möglichst gute Infrastruktur vorfinden. Der Fussballplatz ist dringend sanierungsbedürftig, Jonas Erni hat dies vorhin gerade erwähnt. Teilweise muss der Platz nach Regenfällen ganz gesperrt werden, da das Wasser

nicht mehr richtig ablaufen kann. Ausserdem senkt sich der Boden, was mit der Zeit eine immer grössere Verletzungsgefahr für Sportlerinnen und Sportler bedeutet. Es geht hier lediglich um die Funktionstüchtigkeit und die Sicherheit der Anlage sicherzustellen. Die vorhandenen Angebote werden nicht ausgebaut.

Die Mitte Fraktion wird aus diesen Gründen den Antrag der GRPK, die CHF 600'000 ganz zu streichen ablehnen. Mit diesem Antrag wird nichts erreicht und das Problem wird in die Zukunft verlegt. Auch der Antrag der FDP/GLP-Fraktion werden wir ablehnen. Wir sehen es auch so, dass eine Gesamtschau der sportlichen Infrastrukturen sinnvoll wäre. Das wäre jedoch besser mit einem Vorstoss. Unsere Fraktion wird einen solchen sicherlich unterstützen.

Thomas Koch, FDP: Wir haben es von Jonas Erni gehört, der Stadtrat geht davon aus, dass wir da eine gebundene Ausgabe haben. Wenn es wirklich eine gebundene Ausgabe wäre, dann ist es korrekt, dass es für die Ausgabe keine Weisung braucht. Dieser Ansicht kann die FDP/GLP-Fraktion aber nicht folgen.

Als Jurist weiss man, wenn zwei Juristen anderer Meinung sind, gibt es drei Meinungen. Bevor ich zu meiner Meinung komme, möchte ich noch eine Bemerkung vorausschicken, dass es der FDP/GLP-Fraktion auch darum geht, einer sich einschleichenden Tendenz entgegenzutreten, wonach die Exekutive und die Verwaltung in den sogenannten "gebundenen Ausgaben" oftmals eine Hintertür wittern, um ihre Ausgabenkompetenzen in bestimmten Fällen zu überschreiten. Eine solche inflationäre Begriffsausweitung der gebundenen Ausgaben ist nicht im Interesse der von uns vertretenen Bürgerinnen und Bürger, respektive der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Jetzt zur juristischen Umschreibung von gebunden Ausgaben: § 103 Absatz 1 Gemeindegesetz definiert die gebundenen Ausgaben wie folgt: "Ausgaben gelten als gebunden, wenn die Gemeinde durch einen Rechtssatz, durch einen Entscheid eines Gerichts oder einer Aufsichtsbehörde oder durch einen früheren Beschluss der zuständigen Organe oder Behörden zu ihrer Vornahme verpflichtet ist und ihr sachlich, zeitlich und örtlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt."

Nach dieser Bestimmung des Gemeindegesetzes und auch nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts, die identisch ist, gelten Ausgaben also zunächst dann als gebunden, wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell und dem Umfang nach vorgeschrieben oder wenn die Ausgabe zur Erfüllung der gesetzlich geordneten Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Auf die Position "Sanierung Trainingsplatz Beichlen" angewendet ist wohl unbestritten, dass hat auch Stadtrat Jonas Erni nicht behauptet, dass kein Rechtssatz die Sanierung des Trainingsplatzes verlangt. Es hat uns auch kein Gericht und keine Aufsichtsbehörde zur Sanierung des Trainingsplatzes verpflichtet. Und es ist wohl auch unbestritten, dass es sich bei der Sanierung des Trainingsplatzes des FC nicht um eine gesetzlich verordnete Verwaltungsaufgabe handelt, die zu erfüllen ist und die Stadt keine andere Wahl hat.

Also bleibt wohl nur die dritte Variante, das ist auch die, die Stadtrat Jonas Erni angesprochen hat. Gebunden ist eine Ausgabe nämlich auch dann, wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten, respektive hier das Parlament, hätten mit einem früheren Grunderlass,

also die Weisung vor rund 20 Jahren, auch die aus ihm folgenden, späteren Aufwendungen gebilligt. Dabei muss zum Zeitpunkt, wo der Grunderlass, hier also die damalige Finanzierung des Trainingsplatzes, gefällt wurde, voraussehbar gewesen sein, dass die späteren Zusatzkosten, hier die Sanierungskosten, zwingend anfallen werden und es muss dem Stimmbürger respektive dem Parlament damals gleichgültig gewesen sein, wie die mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben später umgesetzt und finanziert werden. Und bei der Umsetzung der Folgekosten darf die umsetzende Behörde keinen Handlungsspielraum haben, das haben wir vorhin bei der gesetzlichen Bestimmung gehört.

Das Bundesgericht umschreibt es so: Das "ob", also Sanierung ja oder nein, muss bereits im Grunderlass enthalten sein. Und das "wie" muss unwichtig genug sein, sodass auf die Mitsprache des Stimmvolks oder in unserem Fall des Parlaments verzichtet werden kann. Beispiel: Wenn wir eine Lehrperson anstellen, ist keine Frage, "ob" sie einen Lohn beziehen soll oder nicht. Und beim "wie", der Höhe des Lohns, rechtfertigt es sich nicht, das Parlament noch zu befragen. Die Lohnhöhe ist vorgeben, es besteht kein erheblicher Entscheidungsspielraum. Anders aber bei neuen Ausgaben. Wieder mit den Worten des Bundesgerichts: Immer dann, wenn der entscheidenden Behörde in Bezug auf den Umfang der Ausgabe, den Zeitpunkt ihrer Vornahme oder andere Modalitäten eine verhältnismässig grosse Handlungsfreiheit zusteht, ist eine neue Ausgabe anzunehmen und keine gebundene Ausgabe.

Und genau diese Handlungsfreiheit liegt vor bei der Frage der Sanierung des Trainingsplatzes Beichlen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob überhaupt saniert werden muss und wir müssen uns die Folgefrage stellen, wie und wann saniert werden muss. Beim "wie" muss der Gemeinderat mitreden können. Wie damals beim Rollrasen, die Kolleginnen und Kollegen, die schon länger im Rat sind, werden sich daran erinnern. Beim Rollrasen haben wir die gleiche Situation gehabt und die Zusatzaufgaben sind damals zu Recht in einer Weisung geklärt worden. Es soll und darf mit dem FCW diskutiert werden, wie die Sanierung im Einzelnen aussieht, ob es verschiedene Varianten gibt, eben eine teurere oder kostenoptimiertere Variante, ob der FCW selbst durch Eigenleistungen, Sponsorenläufe, etc. sich an den Kosten beteiligt will, kann oder soll. Oder ob dritte Sponsoren etwas beitragen wollen zu dieser Sanierung. Oder ganz generell, ob die Sanierung mit anderen Arbeiten zur Synergienutzung kombiniert werden soll.

Zusammengefasst: Beim Trainingsplatz des FCW handelt es sich nicht um eine Anlage, die notwendigen Verwaltungsaufgaben dient und deshalb auf Kosten der Stadt unterhalten werden müsste, ob wir wollen oder nicht. Und selbst wenn wir keinen Entscheidungsspielraum hätten, ob saniert werden soll, den haben wir aber, gäbe es zumindest einen Entscheidungsspielraum, wie und wann saniert werden soll. Und weil ein Entscheidungsspielraum besteht, liegt gemäss der bundesgerichtlichen Definition und auch gemäss Definition im Kommentar zum Gemeindegesetz eben nicht eine gebundene, sondern eine neue Ausgabe vor. Es braucht also eine Weisung.

Wir bitten euch, im Sinne unseres Sternli-Antrags, die Sanierung nicht komplett versenken zu müssen, nur weil der Stadtrat diese Sanierung zu Unrecht als gebundene Ausgaben qua-

lifiziert. Sondern wir wollen mit unserem Antrag die Basis legen, damit eine allfällige Sanierung umfassend, gründlich und verantwortungsvoll vom Gemeinderat geprüft und beschlossen werden kann.

Mona Fahmy, SP: Wir haben viel Argumente für oder gegen die Sanierung des Trainingsplatzes Beichlen gehört. Zuletzt hat mein Kollege das ganze juristisch argumentiert. Tom, du weisst als Jurist, eine der meisten Antworten, die man erhält ist, es kommt darauf an, es ist Ansichtssache. Handlungsfreiheit bei der Sanierung? Es kommt darauf an. Ich finde nein. Wir haben die Handlungsfreiheit nicht mehr. Vielleicht hatten wir sie einmal.

Reden wir zuerst einmal über Fussball. Fussball ist eine sehr emotionale Sache. Man identifiziert sich mit seinem Club, seiner Gemeinde. Man ist stolz, wenn der Verein regional oder national weiterkommt. Fussball ist aber auch, wie der Sport im Allgemeinen, eine rationale Sache und da sind sich alle einig, das haben wir heute auch schon gehört, er leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit, zur Wettbewerbsfähigkeit, man lernt sich durchzusetzen, gerade für die Bürgerlichen interessant, zum sozialen Zusammenhalt, zum persönlichen Wohlbefinden. Fussball, das ist jetzt eher an meine linken Kolleginnen und Kollegen gerichtet, verbindet Kulturen und das Training ist für die meisten erschwinglich. Das ist nicht in allen Sportarten so.

Ökonomisch gesehen und da richte ich mich wieder an die Bürgerlichen: Eine Stadt ohne ein aktives und vielfältiges Sportangebot verliert an Lebensqualität. Sind wir nicht alle dafür, die Standortattraktivität von Wädenswil hoch zu halten? Wollen wir jetzt die Standortattraktivität, die wir haben, mit einem regen und aktiven Vereinsleben fördern? Ja CHF 600'000 sind viel Geld und unsere Finanzen könnten definitiv besser sein, das wissen wir und das haben wir bereits tausendmal gehört, da ändert sich auch nicht viel. Aber auf CHF 600'000 für den Trainingsrasen zu verzichten? Man habe doch erst einen Kunstrasen von YB erhalten heisst es. Ja, das stimmt, aber alle, die noch nie auf der Beichlen waren, ich hoffe, das sind ganz wenige, kommen Sie einmal mit, dort hat es drei Rasen. Den Hauptrasen, den Kunstrasen und den Trainingsrasen, über diesen wir nun sprechen. Alle Eltern unter uns wissen es sicher noch ganz genau, seinerzeit wurde das mit deiner Fasnachtsplakette gefeiert, die Beichlen ist ein Sumpfgebiet. Als der Schützenstand auf die Beichlen gekommen ist, hat es eine Fasnachtsplakette gegeben. Der neuste Trumpf, schiessen im Sumpf. Und was braucht es in einem Sumpfgebiet? Es braucht eine Entwässerungsanlage. Meine Töchter spielen auf der Beichlen. Das Training musste schon ein paar Mal abgesagt werden, weil man nicht auf den Rasen gehen konnte, da dieser zu nass war. Wir leben in der Schweiz und nicht irgendwo in Ägypten, bei uns regnet es ab und zu. Kommen wir zurück zum YB-Rasen. Ja, der hat der FC Wädi eingefädelt und erhalten. Die Stadt hat CHF 250'000 eingespart, da er günstig eingekauft werden konnte. Der FC Wädi leistet seinen Beitrag. Von Joël haben wir etwas über die Freiwilligenarbeit gehört. Es wird viel gemacht wie Sponsorenlauf, Papiersammlung, das Hallenturnier im Glärnisch, überall wird versucht, Geld hereinzuholen, aber es reicht einfach nicht um die Sanierung des Rasens zu finanzieren. CHF 600'000 sind viel Geld. Wie es aber bei Infrastrukturen so ist, müssen diese nach einer gewissen Zeit und Gebrauchsdauer saniert werden, damit sie nicht verlottern, und zwar ganz. Warum kann man nicht warten? Eben darum, weil wir in einem Sumpfgebiet sind. Gut, man kann es in Kauf nehmen und sagen, die Trainings finden nun nicht statt. Ich glaube aber, dass im

Corona-Jahr unsere Kinder, die Jugendlichen, die Senioren und die Aktiven, die dort trainieren, bereits auf genug verzichten mussten. Kein Sport mehr, vieles ist zugegangen. Die Sanierung kann nicht warten. Der Rasen hätte schon letztes Jahr bzw. schon vorletztes Jahr saniert werden müssen. Aus Budgetgründen ist es immer wieder verschoben worden. Jetzt kann man nicht mehr warten.

Der FC solle doch die Kosten übernehmen, fordern einige. Wie soll das gehen? Es gibt eine Möglichkeit, und zwar die Mitgliederbeiträge massiv zu erhöhen. Und dann? Fussball für die Vermögenden? Ja, das kann man tun, dann braucht es aber auch den Rasen nicht mehr. Die zwei, die wir haben, reichen dann aus. Die Fussballclubs von Horgen und Richterswil werden sich über die neuen Mitglieder, die kommen werden, freuen.

Wie gesagt, wenn man jetzt das Gefühl hat, CHF 600'000 sind viel Geld, stimmt das. Es ist viel Geld, aber wir sind im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht super grosszügig mit dem FC. Wisst ihr, was Horgen bezahlt und wie viel Horgen ihr FC kosten lässt? Der gesamte Unterhalt wird bezahlt. Bei uns zahlt der FC Wädi den kleinen Unterhalt, der grosse Unterhalt die Stadt. Das wurde so abgemacht und ist auch richtig. Unser FC beteiligt sich an den Kosten. In Horgen wird auch der Platzwart für die Allmend und Waldegg bezahlt. Bei uns zahlt das der FC Wädenswil aus der eigenen Tasche. Der FC Horgen bezahlt keine Stromkosten und keine Miete für das Clubgebäude auf der Allmend, nur die Pacht für das Restaurant. Aber die Einnahmen gehen direkt wieder in die Vereinskasse. In Zürich und in anderen Gemeinden wird der Platzwart von der Gemeinde bezahlt. Bei uns nicht.

In Bern hat der Nationalrat gerade eben CHF 80'000 Mio. für den Bau von Sportanlagen gesprochen. Man war sich einig, wie wichtig Sport für die Bevölkerung ist, gerade in Zeiten der Pandemie. Was machen wir in Wädenswil? Wir knausern. Jesses Gott nein, nur keine weiteren Ausgaben. Gut, bei uns hat sich im Hallenbereich etwas getan, worüber wir froh sind, im Glärnisch und die geplante Dreifachturnhalle dank der Mittelschule. Anderswo behandeln wir den Sport aber schon etwas stiefmütterlich. Das Hallenbad Steinacher soll geschlossen werden, der TC Neubüel wartet immer noch auf Planungssicherheit wie es weitergehen soll und unsere Fussballanlagen? Wir leisten uns nicht einmal einen Platzwart und wollen jetzt den dringend nötigen Beitrag für die Sanierung der Entwässerungsanlage und des Trainingsrasens streichen. Wie soll das gehen? Wollen wir wirklich alles zu Tode sparen, das so vielen in Wädenswil Freude macht? Oder wollen wir zu unserem FC Wädi Sorge tragen? Einen Beitrag zur Gesundheit und Lebensqualität vieler leisten? Nicht zuletzt auch ein Beitrag zu unserer Standortqualität.

Roy Schärer, SVP: Danke für die Ausführungen, vor allem an Tom Koch für die juristische Argumentation und Aufklärung, dass wir nun doch nicht so wahnsinnig gebunden sind.

Für mich ist es eher eine emotionale Sicht. Ich will noch etwas weiter ins Archiv gehen, als Jonas gegangen ist. 1991 waren der kleine Roy Schärer und der kleine Alain Nef auf dem Fussballplatz Beichlen. Aus einem, die einen kennen ihn vielleicht, ist im Fussball etwas geworden, aus dem anderen nicht. Wir haben einen neuen Kunstrasen erhalten, den sogenannten Casalonrasen mit viel Sand, zuerst unter den Füßen und dann in den Knien in den offenen Wunden. Es war nicht wahnsinnig der Plausch darauf zu spielen. Trotzdem war es

für uns ein riesiger Fortschritt, dass wir nicht mehr auf dem uralten Rasen auf dem Hochmoor spielen mussten. Trotzdem durften wir teilweise gar nicht auf den Rasen, sondern spielten auf dem Hochmoorrasen und dort war es wirklich Moorrasen. Es war einfach eine Bauernwiese mit Löchern, Pfützen und Seen, zum Spielen funktionierte es aber. Wir haben gelernt unsere Schuhe zu putzen. Wenn es gar nicht ging, trainierten wir Kondition. Möglicherweise ist aus Alain Nef auch deshalb etwas geworden, weil er ab und zu ins Gehren Holzrennen gehen musste.

Der Rasen lebte 19 Jahre lang. 2008 kam ein neuer Kunstrasen unter dem damaligen Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Philipp Kutter. Der Rasen kostete CHF 1.6 Mio. und hätte 15 Jahre halten sollen. Die einen wissen, dass er ca. 10 Jahre hielt und sofort saniert werden musste, da er kaputt war. 2019 erhielten wir dann den Meisterrasen. Dieser wurde teurer, als man meinte, ich glaube es waren CHF 500'000. 2014 wurde der Hauptrasen für CHF 600'000 saniert, darauf basiert das Budget. Der komplette Neubau des hochwertigen Matchrasens wurde als Annahme genommen um den Trainingsplatz im nächsten Jahr sanieren zu können, also auf absolutem Top Level.

Ich habe selber etwas recherchiert über die Firma, die den Hauptrasen baute. Diese haben gesagt, dass es auch noch andere Möglichkeiten gäbe, die nur die Hälfte kosten würden. Die Hälfte der Plätze werden für CHF 600'000 gemacht und bei der anderen Hälfte machen sie eine Sanierung, die nur die Hälfte kostet. Das Ganze macht mich und meine Fraktion etwas stutzig, darum sind wir für die Streichung der gebundenen Kosten, wenn eine Weisung sowieso nicht möglich ist.

Abstimmung über Antrag der FDP/GLP-Fraktion

Der Rat lehnt den Antrag grossmehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

Sicherheit und Gesundheit, Konto 0671.5030.461, „Sanierung Trainingsplatz Beichlen“ (S. 283)

*Eine Mehrheit der GRPK beantragt:
Der Aufwand wird von CHF 600'000 auf CHF 0 reduziert.*

*Alt: CHF 600'000
Neu: 0*

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, André Zürrer, SVP: Das meiste wurde bereits von den vorherigen Rednern gesagt. Es geht nur darum, dass der FC Wädenswil nicht alles gestrichen haben will, sondern er erhält jährlich CHF 300'000. Nächstes Jahr erhält er zudem eine neue LED-

Beleuchtung. Es ist auch nicht die Frage, ob wir den Platz überhaupt sanieren wollen, sondern wie und wann? Es gibt nicht nur den FC, sondern auch andere Vereine in Wädenswil, die auch Unterstützung brauchen. Wir können nicht immer alles Geld dem FC geben.

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 18:15 Stimmen zu.

**** 5 Minuten Pause ****

Antrag der GRPK

Soziales, Alterszentrum Frohmatt, Konto 0851.5040.409, Sanierung Haus Stollenweid (S. 286)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 45'000 gekürzt.

Alt: CHF 195'000

Neu: CHF 150'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Im Haus Stollenweid gibt es offensichtlich Sanierungsnachholbedarf. Deshalb stellt sich die Frage, wie schnell die neu gemachten Sanierungen in den vergangenen Jahren aufgeholt werden können. Über das hinab, wurde bei der Leitung des Alterszentrums nachgefragt, welche Investitionen für die tägliche Arbeit Verbesserungen bringen und für die Sicherheit notwendig sind und was etwas weniger wichtig ist. Aus dieser Aufstellung ist dieser Antrag gestellt worden, da die Sanierung der Bodenbeläge im Korridor nicht zwingend ist.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Die SP-Fraktion wird dem Antrag auf Kürzung zustimmen. Das aber nicht, weil wir allgemein gegen Sanierungen im Haus Stollenweid sind, im Gegenteil. Werden Sanierungen hinausgeschoben ist es oft so, dass sie in den Folgejahren noch teurer werden. In diesem Fall ist aber unklar, wie es mit dem Haus Stollenweid und allgemein mit dem Alterszentrum Frohmatt weitergehen soll. Zuerst erwarten wir vom Stadtrat ein Konzept über die Zukunft der Standorte Schönenberg und Wädenswil. Nachher gehen wir gerne in die Diskussion und unterstützen allfällige notwendige Sanierungen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Soziales, Alterszentrum Frohmatt, Konto 0851.5040.464, Bauliche Anpassungen Wohngruppe Bachtel/Etzel (S. 286)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 80'000 gekürzt.

Alt: CHF 150'000

Neu: CHF 70'000

Begründung des Antrags

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Aus der Diskussion und wie vorhin bereits gesagt aus der Diskussion mit dem Geschäftsführer ad Interim Rüdiger Niederer zeigte sich, dass die Ausrichtung sowie Positionierung der Frohmatt im Betreuungs- und Pflegemarkt überprüft werden muss. Die Überprüfung der Angebote bildet eine Voraussetzung für bauliche, organisatorische und strukturelle Massnahmen. Um die zukünftigen Investitionen im Alterszentrum Frohmatt auf die Notwendigkeit und Nachhaltigkeit hin besser beurteilen zu können, ist die Erarbeitung einer Strategie eine unabdingbare Voraussetzung. Dieser Antrag wird gestellt um nicht voreilige Investitionen zu tätigen.

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Zu den ordentlichen Abschreibungen gibt es keinen Antrag der GRPK.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es weder weitere Wortmeldungen noch liegen weitere Anträge vor.)

**** Kurze Pause zur Konsolidierung ****

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Ich fasse nun zusammen, welche Anträge heute Abend beschlossen worden sind:

- Sicherheit und Gesundheit, Konto 061 Stadtpolizei (Globalkredit): Der Ertrag wird um CHF 199'430 erhöht. Alt: CHF 2'800'570, Neu: CHF 3'000'000
- Sicherheit und Gesundheit, Konto 0652.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck: Der Aufwand wird von CHF 145'000 auf CHF 105'000 reduziert. Alt: CHF 145'000, Neu: CHF 105'000

- Sicherheit und Gesundheit, Konto 066 Bäder (Globalkredit): Der Aufwand wird um CHF 20'000 reduziert. Alt: CHF 2'505'406, Neu: CHF 2'485'406
- Schule und Jugend, Konto 0722.3171.00 Exkursionen, Schulreisen und Lager: Das Budget wird um CHF 57'977 erhöht Alt: CHF 177'023, Neu: CHF 235'000
- Soziales, Konto 0820.3637.30 Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe an schweizerische Staatsangehörige ohne Kostenersatz: Das Budget wird um CHF 110'000 gekürzt. Alt: CHF 5'387'000, Neu: CHF 5'277'000
- Soziales, Konto 0820.3637.34 Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe an ausländische Staatsangehörige ohne Kostenersatz: Das Budget wird um CHF 110'000 gekürzt. Alt: CHF 2'430'000, Neu: CHF 2'320'000
- Finanzen, Immobilien Verwaltungsvermögen, Konto 0222.5040.220 Erneuerungsinvestitionen Immobilien 2022 Rahmenkredit: Das Budget wird um CHF 250'000 gekürzt. Alt: CHF 1'000'000, Neu: CHF 750'000
- Sicherheit und Gesundheit, Konto 0671.5030.461 Sanierung Trainingsplatz Beichlen: Der Aufwand wird von CHF 600'000 auf 0 reduziert. Alt: CHF 600'000, Neu: 0
- Soziales, Alterszentrum Frohmatt, Konto 0851.5040.409 Sanierung Haus Stollenweid: Das Budget wird um CHF 45'000 gekürzt. Alt: CHF 195'000, Neu: 150'000
- Soziales, Alterszentrum Frohmatt, Konto 0851.5040.464 Bauliche Anpassungen Wohngruppe Bachtel/Etzel: Das Budget wird um CHF 80'000 gekürzt. Alt: CHF 150'000, Neu: 70'000

Schlussabstimmung zum Budget und den Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt dem Budget 2021 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2021 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen einstimmig zu.

Zweitens Steuerfuss 2022

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Es ist das letzte Mal, dass ich als GRPK-Präsident ein Votum halte und das ist relativ kurz.

In der GRPK ist der Steuerfuss nämlich nicht allzu breit diskutiert worden. Letztendlich ist es genau die gleiche Debatte wie in den letzten beiden Jahren. Die Ausgangslage hat sich quasi nicht verändert, im Gegenteil. Die in den Vorjahren festgestellten Trends haben sich nur noch verdeutlicht. Somit ist die GRPK weiterhin, wie ich es einleitend bereits sagte, einig

in der Feststellung, dass wir ein finanzielles Problem haben, aber nicht sehr einig darin, wie wir mit diesem Problem umgehen.

Ich komme nun direkt zum Votum der GRPK-Minderheit. Der Mehrheitsantrag wird nachher noch Beat Lüthi vorstellen. 95%, 93%, 90%, 86%, und 84%. Das ist die Entwicklung des Wädenswiler Steuerfusses in den Jahren 2007 bis 2012. Mitten in der Finanzkrise hat Wädenswil die Steuern gesenkt und gesenkt und heute haben wir die Quittung, ein rasch wachsender Schuldenberg. Eine teilweise Rücknahme dieser Steuersenkungen ist völlig unumgänglich. Das ist nicht einfach eine linke Haltung, der Stadtrat teilt diese, und wieviele SP'ler dort drin sind, wissen wir ja.

Die Erkenntnis stützt sich im Wesentlichen auf drei Fakten. Erstens nimmt der Schuldenberg zu. Zweitens ist das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht kaum mehr erhalten. Und drittens reicht eine ausgeglichene Erfolgsrechnung nicht aus, sondern wir müssen auch noch unsere Investitionen finanzieren.

Ich möchte nun auf diese drei Punkte kurz eingehen. Wädenswil hat hohe Schulden, sehr hohe. Als ich im Gemeinderat angefangen habe, und das ist keine 10 Jahre her, hatten wir ein relativ hohes Nettovermögen. In den letzten Jahren ist dieses stetig geschrumpft und irgendwann in eine Nettoschuld umgeschlagen. Diese Nettoschuld ist in den letzten Jahren relativ schnell angewachsen und gemäss FEP wird sie es weiterhin tun. Gemäss vorliegendem Budget, dem ihr gerade zugestimmt habt, werden wir bis Ende des nächsten Jahres bereits Schulden von CHF 43 Mio. haben. Bis 2025 werden es sogar über CHF 100 Mio. sein. Falls das jetzt nach Panikmache tönt: Nein, das ist ganz einfach die Situation, in der wir uns befinden und wir haben uns bewusst dafür entschieden. Wäre der Steuerfuss im Jahr 2012 und in den folgenden Jahren weiterhin auf 95% festgesetzt worden, wie er vor der Senkung war, hätten wir rund CHF 60 Mio. mehr Steuern und Finanzausgleich erhalten. Wir wären heute nicht nur schuldenfrei, sondern hätten sogar ein Nettovermögen von stolzen CHF 20 Mio.

Der zweite Punkt ist der mittelfristige Ausgleich. Gemäss Gemeindegesetz, dieses ist zwar sehr vage, muss die Laufende Rechnung mittelfristig ausgeglichen sein. Was soll das genau heissen? Der Stadtrat hat im Beschluss Nr. 180 eine Interpretation vorgelegt und gesagt, dass die Summe der letzten drei Rechnungsabschlüsse, der letzten Hochrechnung, des aktuellen Budgets und der nächsten drei Planjahre nicht negativ sein soll. Alle acht Jahresabschlüsse zusammengezählt sollte es zumindest eine schwarze Null geben. Wenn wir jetzt das aktuelle Budget anschauen, wird mit der Steuererhöhung der mittelfristige Ausgleich haarscharf eingehalten. Dank der Steuererhöhung resultiert über alle Jahre gesehen ein Überschuss im sehr tiefen sechsstelligen Bereich, es sind gut CHF 100'000. Das ist über acht Jahre gesehen wirklich nicht viel. Dies aber auch nur, da wir 2019 massive Zuschüsse vom Kanton für die Eingemeindung erhalten haben und dank der Steuererhöhung von 2%. Ohne die Steuererhöhung wäre der mittelfristige Ausgleich trotz des Millionensegens des Kantons deutlich verfehlt, zumindest nach der Interpretation des Stadtrats. Der mittelfristige Ausgleich ist aber vorgeschrieben. Jetzt kann man aber eine alternative Interpretation von Artikel 92 des Gemeindegesetzes vorlegen, aber, und da möchte ich vor allem zu den Fraktionen sprechen, die nachher die Steuererhöhung ablehnen werden, mich würde interessieren, wie eure Interpretation einer ausgeglichenen Rechnung aussieht. Ich finde nämlich die

des Stadtrats nicht so schief. Mich würde noch interessieren, wie ihr ohne Steuererhöhung auch zu einer ausgeglichenen Rechnung kommt. Wenn ihr das nicht darlegen könnt, zeigt sich, dass der Antrag einfach etwas ist, nämlich ideologisch und überhaupt nicht durchdacht.

Damit bin ich beim dritten Punkt. Der mittelfristige Ausgleich ist nämlich ein sehr schwaches Kriterium. Er reicht nicht. Selbst wenn er eingehalten würde, hätten wir ein Problem. Das Problem sind unsere Abschreibungen. Früher hat die Stadt Wädenswil degressiv abgeschrieben, das heisst, neue Immobilien wurden sehr schnell der Jahresrechnung belastet, ältere Objekte haben dafür kaum mehr einen Einfluss gehabt. Neu schreiben wir linear ab, jedes Jahr gleich viel. Dadurch schlagen neue Objekte viel weniger stark zu Buche, die älteren dafür etwas mehr. Ich muss euch nicht erklären, da wir erst vor drei Jahren umgestellt haben, dass wir noch keine alten Objekte haben, die nach dem neuen Modus abgeschrieben werden. Das heisst, die alten Objekte schreiben wir tief ab, so wie wir sie früher abgeschrieben haben und die neuen Objekte schreiben wir ebenfalls tief ab, weil wir nach dem neuen Modus relativ wenig abschreiben im Vergleich zu früher. Das tönt zuerst einmal megatoll, weniger Abschreibungen bedeutet weniger Belastung in der Jahresrechnung. Aber wenn wir jetzt wenig abschreiben, müssen wir das in den nächsten Jahren nachholen. Lediglich CHF 7 Mio. Abschreibungen sind im aktuellen Budget bei Nettoinvestitionen von CHF 21 Mio. Oder jetzt nach den beschlossenen Kürzungen sind es noch CHF 20 Mio. Uns fehlen also CHF 13 Mio. Diese CHF 13 Mio. werden in den Folgejahren unsere Budgets belasten.

Wir haben also drei grosse Probleme: Unsere Schulden wachsen, unsere Jahresrechnungen sind im Durchschnitt nicht ausgeglichen, und selbst, wenn wir es schaffen, die laufende Rechnung auszugleichen, fehlen uns zig Millionen für die Finanzierung unserer Investitionen.

Die Steuererhöhung von 2%, die der Stadtrat vorschlägt und der eine Minderheit der GRPK folgt, löst diese Probleme nicht vollständig. Aber die Probleme ohne die 2% zu lösen, ist noch viel unmöglicher als mit den 2%. Ein Festhalten am tiefen Steuerfuss ist somit nur ideologisch zu erklären. Die SP hingegen setzt sich aber für eine realistische Finanzpolitik ein. Wenn man eine realistische Finanzpolitik macht, muss man dem Stadtrat folgen und für einen Steuerfuss von 87% stimmen.

Anträge der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85% zu belassen.

Eine Minderheit der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss auf 87% zu erhöhen.

Begründung des Mehrheitsantrags

Mitglied der GRPK, Beat Lüthi, FDP: Christian Gross, wir werden dich und deine Argumentation vermissen. Sie ist immer sehr detailreich. Wenn du allerdings sagst, dass unsere Ideologie uns im Weg ist, um den Steuerfuss gleich zu behalten, glaube ich, dass wir bezüglich Ideologie von dir mehr lernen können als du von uns.

Aber lassen Sie mich bitte auf den Antrag selber eingehen. Als Mitglied der GRPK vertrete ich hier den Mehrheitsantrag, den Steuerfuss stabil bzw. unverändert bei 85% zu belassen. Unsere Hauptgründe sind:

1. Wir sehen vom Stadtrat endlich glaubhafte Ansätze die Effizienz des Mitteleinsatzes zu erhöhen. Viel davon ist zwar im Budget 2022 noch nicht unbedingt sichtbar. Aber immerhin konnte das Stellenwachstum massiv abgebremst werden und die Message ist angekommen, dass da etwas gemacht werden muss. Insbesondere die Primarschule ist daran, Lösungen auszuarbeiten, um die in der kürzlich publizierte Analyse zur Schule identifizierten Schwachstellen hinsichtlich der Kostenstrukturen zu beheben. Das wird erst im 2023 sichtbar sein und ist deshalb noch nicht im Budget 2022. In einem Jahr können wir sicher mit Verbesserungen rechnen. Wir sollten den Stadtrat in seinen Bemühungen unterstützen, die Massnahmen zum effizienten Einsatz knapper Mittel zu beschliessen und durchzusetzen, statt jetzt auf Vorrat den Steuerzahlern zusätzliche Mittel aus der Tasche zu ziehen, die diese dafür dann bei ihren eigenen Ausgabeplänen nicht zur Verfügung haben.
2. Im Gegensatz zu dem Christian, was du gesagt hast, einen tiefen Steuersatz zu erhöhen, ich weiss nicht, woher du diese Information hast. Gemäss meiner Information hat Wädenswil den höchsten Steuerfuss aller Zürcher Seegemeinden, ausser der Stadt Zürich natürlich. Die anderen Gemeinden belassen ihren Steuerfuss im Durchschnitt unverändert oder er geht sogar etwas hinunter. Wie jeder Privathaushalt auch, muss die Stadt lernen mit den beschränkten Mitteln umzugehen. Einfach zu sagen, wir holen es jetzt vom Bürger und er soll sich einschränken, ist zu einfach.
3. Es muss Wädenswil, einer hervorragend gelegenen Stadt am Zürichsee in unmittelbarer Nähe zur grössten Wirtschaftsmetropole der Schweiz, einfach gelingen, die Steuerkraft soweit zu erhöhen, dass wir aus dem Finanzausgleich mittelfristig herauskommen und damit das Potenzial schaffen, unsere finanzielle Lage erheblich zu verbessern, auch wenn es kurzfristig wieder eine Gegenbewegung gibt. In den letzten Jahren haben wir jedoch Fortschritte gemacht. Wenn wir 95% Steuerkraft erreichen, gehören die nächsten 15% Steuerprozent Steuerkraft zu 100% uns. Von diesen müssen wir nichts mehr abgeben bis auf 110%. Von dort an müssen wir wieder an andere abgeben, aber das ist ein weiter Weg bis dorthin. Wo unsere Meinung auch auseinandergeht Christian, ist, dass wir denken, wir können den Steuerfuss erhöhen und die Steuern gehen 1:1 hinauf. Das wird nicht passieren, da gibt es genügend Beispiele. Es gibt immer Vermeidungseffekte, Anpassungseffekte oder jemand kommt wegen der 2% nicht hierher. Man kann nicht einfach davon ausgehen und mit einem erhöhten Steuerfuss rechnen und meinen, alles andere ist egal und jeder handelt genau gleich, wie er es sonst gemacht hätte. Voraussetzung dafür, dass wir aus dem Finanzausgleich kommen ist, dass wir bestehende gute Steuerzahler nicht vergraulen und uns auf die Stärkung der wichtigen Standortfaktoren konzentrieren, damit wir weitere gute bis sehr gute Steuerzahler, und ich denke da insbesondere auch an potente juristische Personen, anziehen können. Lassen wir uns nicht zu sehr von der Gewinnung von Auszeichnungen wie "Energienstadtlabel" ablenken. Konzentrieren wir uns doch auf die wesentlichen Standortfaktoren. Der Stadtrat ist auch da in der Pflicht.

4. In der Pflicht ist aber auch der Gemeinderat. Er ist es, welcher der Stadt immer neue Aufgaben und Leistungen aufbürdet und viele Sparanstrengungen, so war es auch teilweise im Budget 2022 zu verfolgen, untergräbt. Die Anziehung juristischer Personen mit hohem Steuersubstrat oder auch zahlungskräftiger privater Steuerzahler wird nicht erreicht werden können, wenn wir aus den ohnehin schon knappen finanziellen Mitteln Millionen verpulvern mit linken Luftschloss-Projekten wie der Schliessung einer kleinen Seeuferweglücke, die für 500 m oder 600 m CHF 20 Mio. kosten soll. Ich weisse, dass das nicht alles die Stadt zahlen müsste, aber voraussichtlich einen Teil trotzdem. Oder von einer ebenfalls masslos teuren Passerelle über die Bahnlinie zum Seeweg und dabei die Verfolgung der Kernziele wie leistungsfähiges Schulsystem, gute Verkehrsinfrastruktur sowie insgesamt gute Lebensqualität, bei moderatem Steuerfuss vernachlässigt. Mit anderen Worten: Die Verantwortung für die Ausgabendisziplin liegt genauso beim Gemeinderat, nicht nur beim Stadtrat.

Daher der Appell an meine linken Ratskollegen: Sägt bitte nicht ständig am Ast, auf dem wir sitzen, indem ihr populistisch Luftschloss-Projekt um Luftschloss-Projekt lanciert und bei jedem Versuch, eine vielleicht noch vereinzelt wünschbare, aber nicht notwendige und oder nicht stark genutzte städtische Aufgabe zu streichen, Zeter und Mordio schreit. Damit untergräbt ihr die finanzielle Nachhaltigkeit der Stadt und auch die Möglichkeit, Neues zu schaffen.

Martin Schlatter, EVP: Die EVP-Fraktion unterstützt klar den Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss von 85% moderat um 2% auf 87% zu erhöhen. Es werden damit keine Schulden getilgt, sondern nur die neue Verschuldung um CHF 1.4 Mio. abgedeckt.

Der Stadtrat spricht dabei in schönen Worten, dass "die Verschuldung weiterhin eine Herausforderung bleibt". Die EVP-Fraktion braucht dagegen viel deutlichere Worte und spricht von "einer katastrophalen Verschuldung", die von Jahr zu Jahr noch höher wird. Die verzinsliche Schuld wächst von CHF 117 Mio. Ende 2020, wie wir es gehört haben, auf CHF 192 Mio. Ende 2025. Wir würden deshalb sogar eine Steuererhöhung von 4% begrüßen, unterstützen jedoch die 2% Erhöhung des Stadtrats, um als Kompromiss den Gegnern einer Steuererhöhung Hand zu bieten.

Niemand würde es sich privat erlauben sich derart zu verschulden. Nur schon ein Anstieg der Schuldzinsen um 1% bis 2% würde bedeuten, dass ein ansehnlicher Teil der Steuereinnahmen zur Schuldenbewirtschaftung anstatt zur nachhaltigen Investition eingesetzt werden müssten. Die Stadt Wädenswil würde in einem solchen Fall in einen brutalen Teufelskreis geraten. Anstelle endlich den Schuldenberg abzubauen, müsste sich die Stadt Wädenswil noch weit mehr verschulden, um die gestiegenen Schuldzinsen kompensieren zu können.

Erlauben Sie mir noch zwei Fragen: Erstens, Was muss sich alles ereignen, damit eine Mehrheit des Gemeinderats endlich erkennt, dass eine längst fällige Steuererhöhung keinesfalls weiter hinausgezögert werden darf? Zweite Frage: Wie viele bürgerliche von der Bevölkerung gewählte Stadträte müssen künftig auf ihren Job als Stadtrat verzichten oder aus ihrer Partei austreten, da sie die seit Jahren eingeschlagene Finanzpolitik nicht mehr verantworten können?

Als Schlussbemerkung: In Horgen, wo die Steuern um 3% erhöht worden sind, hat die FDP Horgen gezeigt, dass eine parteipolitische Grundhaltung durchbrochen werden kann, wenn man gewillt ist, sachpolitisch und verantwortungsbewusst zu handeln.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Wie Christian und Martin schon ausgeführt haben, bin ich bei der Vorbereitung meiner Einführung auf unser Votum von 2019 gestossen, bei welchem es sich immer wieder um das gleiche handelt. Man könnte den Text nun wiederholen, das mache ich aber nicht. Aber man sieht, dass wir seit einigen Jahren in der Budgetdebatte immer wieder am selben Punkt enden. Nur, dass in der Zwischenzeit die Wädenswiler Verschuldung weiter angestiegen ist. Nicht ganz so rasch wie im FEP 2019 vorausgesagt wurde, dort hat man gesagt, dass die Nettoschuld pro Einwohner im 2021 bei rund CHF 1'500 liegen wird. Heute sind wir bei CHF 1'350. Das heisst, die ganzen Sparanstrengungen haben die Nettoschuld pro Einwohner um CHF 150 reduziert. Um der Verschuldung entgegenzuwirken, wurde jedoch im 2019 vom Parlament eine 2%-Steuerfuss-Erhöhung abgelehnt. Im 2020 wurde eine Steuerfusserhöhung um 4% abgelehnt und heute weisen die Bürgerlichen wiederum eine Erhöhung um 2%-Punkte zurück. Nur haben wir in der Zwischenzeit weitere Investitionen getätigt und Covid hat die finanzielle Lage ebenfalls nicht entspannt. Das heisst, die Verschuldung nimmt weiter zu und wird auch in Zukunft weiter zunehmen. Taugliche Rezepte, die Verschuldung zu verringern, werden aber keine gezeigt. Wie Martin erwähnt hat, zeigt das Beispiel Horgen, dass einer Budgeterhöhung um 3% zugestimmt worden ist. Die Begründung war, dass die Folge von Volksentscheiden dazu geführt haben, dass die 3% Steuererhöhung notwendig wurde. Also es ist die Folge von Volksentscheiden, welche entsprechende Ausgaben genehmigt hat. In Wädenswil wurden dieselben Volksentscheide getroffen, sei es zu Infrastrukturbauten in der Schule, im Glärnisch, im Steinacher etc. oder in der Freizeit die Bretterbadi oder zur Eingemeindung. Im Gegensatz zu Horgen haben wir nun aber das Gefühl, die Bürgerlichen zumindest, dass der Finanzierungsbedarf durch reine Sparmassnahmen gedeckt werden kann und vielleicht noch durch eine glückliche Fügung, dass sich die Steuerkraft von selbst erhöht. Und zur Not reicht es, wenn wir nächstes Jahr dann schauen und vielleicht dann etwas machen. Das wird aber aus unserer Sicht nicht so sein. Darum unterstützen wir von den Grünen den Antrag des Stadtrats, den Steuerfusserhöhung um 2% zu erhöhen.

Mitglied der GRPK, Ursula Gall, Die Mitte: Unsere Fraktion schliesst sich mehrheitlich der Empfehlung der GRPK an und beantragt, den Steuerfuss zwingend unverändert bei 85% zu lassen.

Vieles ist von Beat bereits gesagt worden. Das Budget schliesst mit einem Ertragsüberschuss auch ohne Steuererhöhung. In der Lesung der GRPK wurde auch aufgezeigt, dass bei einzelnen Budgetposten nicht jeder Rappen hinausgepresst worden ist. Es gibt also noch Spielraum für Unerwartetes. Gerade in so unsicheren Zeiten wie Corona ist es immens wichtig ein Zeichen zu setzen, dass wir in Wädenswil einen konstanten und stabilen Steuerfuss haben. Wir sind schon eine Steuerhochinsel. Eine Steuererhöhung schreckt vor allem Firmen ab, die evtl. in Betracht ziehen, sich da in Wädenswil niederzulassen. Diese Firmen, die schon da sind, können ihr Geld im Moment wirklich besser investieren, beispielsweise in die Erhaltung von Arbeitsplätzen, als mehr Steuern zu zahlen. Wir haben Leute in Wädenswil, die dafür kämpfen, dass Firmen nach Wädenswil kommen, ihren Sitz da haben und das ist steuertechnisch sehr wichtig. Wenn wir in so Zeiten mit einer Steuererhöhung kommen,

dann nehmen wir diesen Leuten wirklich den Wind aus den Segeln. Die Lage in Wädenswil ist nicht so düster, wie teilweise gesagt wird. Wir sind optimistischer. Gemäss Prognosen steigt die Steuerkraft. Wir haben übrigens immer wieder in der GRPK in den Lesungen der einzelnen Abteilungen gehört, dass es eine Prognose ist. Wädenswil wächst, wir haben grosse Bauprojekte und hoffen, dass es natürlich auch gute private Steuerzahler hierherzieht. Wir dürfen den kräftigen Steuerzahlern in Wädenswil, die beispielsweise hier eine Wohnung gekauft haben, nicht noch mehr Anreiz geben, ihre private Steueroptimierung mit irgendwelchen Konstrukten aufzubauen, dass die Wohnung hier nur noch der Zweitwohnsitz ist, oder das vieles vom Geld teurer Firmen in anderen Kantonen läuft. Es lohnt sich auch, allgemein einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung zu werfen. Man sieht, dass die Pandemie nicht so negative Folgen hat wie erwartet, weder in der Wirtschaft noch im Sozialen. Das zeigen verschiedene Kennzahlen. Die Arbeitslosigkeit lag im November 2021 schweizweit bei relativ tiefen 2.5% und im Kanton Zürich bei 2.3%, Tendenz nach unten. Auch die Konjunkturzahlen sind positiv. Im Sommer 2021 hatte das Bruttoinlandprodukt bereits wieder das Niveau wie 2019. Und für 2022 wird ein Wachstum von über 3% erwartet. Das Umfeld entwickelt sich besser als erwartet, davon profitieren auch wir in Wädenswil. Mit höheren Steuereinnahmen, mehr Mitteln aus dem Finanzausgleich und tieferen Sozialausgaben. Wir erwarten nicht, dass die Verschuldung sich so dermassen negativ entwickelt, wie wir heute bereits gehört haben und bis 2025 kann noch viel passieren.

Zusammengefasst sind wir dafür, den Steuersatz stabil zu halten. Das ist ein wichtiges Zeichen nach aussen und der Stadtrat ist mit der Überprüfung der Leistungen auch auf gutem Weg.

Präsident der GRPK, Christan Gross, SP: Ich bin schon recht irritiert von diesem Votum. Es wurde gerade gesagt, dass die Zahlen im FEP, es sind die Zahlen des Stadtrats und diese stützen sich unter anderem auf das Konjunkturforschungsinstitut der ETH, nicht stimmen und dass Die Mitte bessere Zahlen hat. Mich würde es interessieren Ursi, dass du uns aufzeigst, auf was sich das stützt. Ich hoffe dann schon, dass es mehr ist als nur ein Rückbezug auf den CVP Namen in dem man auf Hoffen und Glauben macht. Bevor man eine Steuererhöhung ablehnt, nur, weil man hofft, dass es besser ist, muss es belastbarere Daten geben.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Von mir aus gesehen haben wir das erste Ziel erreicht. Nach der Budgetdebatte haben wir jetzt eine ausgeglichene Rechnung, sogar einen kleinen Überschuss, den wir verbuchen können. Wir sind nun daran zu überlegen, wie es in Zukunft weitergeht. Wie öfters schon vom Stadtrat gesagt, brauchen wir die Steuererhöhung, um die Zunahme der Verschuldung zu bremsen und nicht um das Budget auf null zu bringen. Wie bereits ein paar Mal gehört, ist das mit der Verschuldung ernst und nicht irgendein Luftschloss. Wenn man den FEP liest, kann man dies entsprechend so nachschauen. Die, die den FEP hier haben, können auf der Seite 18 nachschauen, dass unsere Nettoschuld wächst. Die Schuld wächst nicht, weil die Erfolgsrechnung besser oder weniger gut ist, sondern weil wir Investitionen haben, die wir tätigen. Wir haben auch heute Abend stolze Investitionsprogramme verabschiedet. Im FEP ist geplant, wie es weitergeht. Mit den Investitionen, die wir vor uns haben, werden wir diese Schulden aufbauen. Ein Schuldenaufbau basiert vor allem über die Investitionsrechnung und die Abschreibungen und nicht, weil man ein paar CHF 100'000 in der Erfolgsrechnung spart. Wenn wir die Steuererhöhung heute

Abend nicht annehmen, diese ist im FEP bereits eingerechnet, werden die Schulden bis ins 2025 nochmals um CHF 6 Mio. zunehmen.

In den letzten 20 Jahren haben wir hier im Rat Investitionsvorhaben im Umfang von CHF 103. Mio. im Steuervermögen verabschiedet und diese wurden an der Urne vom Volk angenommen. Im gleichen Zeitraum haben wir den Steuerfuss um 10% von 95% auf 85% gesenkt. Dagegen kann niemand etwas haben. Die Folge davon ist einfach, dass uns in dieser Zeit etwa CHF 120 Mio. entgangen sind. Die Verschuldung bleibt die Herausforderung der kommenden Jahre und daher sind wir in der Abteilung Finanzen mit der Überarbeitung der Finanzierungsstrategie beschäftigt und schauen wie die Reise bis ins 2031 geht. Unter der Annahme der Investitionen, die wir heute im FEP haben und in den Folgejahren weitere CHF 14 Mio. im Steuerhaushalt hinaufgehen, wird das verzinsliche Fremdkapital von heute CHF 106 Mio. auf sage und schreibe CHF 257 Mio. im 2031 ansteigen. Also mehr als eine Verdoppelung. Es handelt sich dabei rein um Investitionen, die wir in veraltete Infrastrukturen oder neuen Schulraum, eine ARA und andere Sachen, die gebaut werden müssen, tätigen müssen. Für das alles müssen wir Geld aufnehmen. Wir müssen nämlich in der Stadt auch Geld aufnehmen für die Eigenwirtschaftsbetriebe, da wir diese über die Steuern vorfinanzieren. Alle Investitionen in die Eigenwirtschaftsbetriebe belasten unsere Verschuldung auch. Unter der Annahme, dass die Zinsen in den nächsten 10 Jahren gleich tief bleiben wie sie heute sind, würden wir in den nächsten 10 Jahren für unsere Schulden etwa CHF 3 Mio. bezahlen. Das ist verkraftbar. Würde der Referenzzinssatz bis ins Jahr 2031 leicht auf 1% steigen, müssten wir schon CHF 10 Mio. Zinsen bezahlen. Würden die Zinsen bis ins 2031 auf 2% steigen, würden wir CHF 25 Mio. aufwenden müssen, nur um den Schuldzins für unser Fremdkapital zu bezahlen. Solche Überlegungen müssten auch einbezogen werden, wenn man über die Festlegung des Steuerfusses spricht.

Sicher ist der Steuerfuss ein wichtiges Argument für Personen und Firmen, die zu uns kommen. Aber die Firmen zahlen auch noch Kantonssteuern und Bundessteuern. Die Gemeindesteuern sind etwa 1/3 des Steueraufkommens, die eine Firma bezahlt. Wir sprechen immer von der Standortattraktivität. Ja, die ist ein wichtiger Faktor, aber diese steht nicht an erster Stelle der Firmen. Sie Stadt bzw. unser Stadtpräsident ist viel mit Firmen in Diskussion, die nach Wädenswil kommen wollen. Wir sind eine der wenigen Städte am linken Seeufer, die überhaupt noch Gewerbeland und Industrieland wo produziert werden kann und gut erschlossene Gebiete haben. Für diese Firmen ist es wichtig, dass sie die verfügbaren notwendigen Fachkräfte haben, die Verkehrslage gut ist, mit Anbindung an den ÖV und an die Autobahn, wie schnell ich am Flughafen bin. Ist es attraktiv hier zu wohnen, finden die Leute Wohnraum? Oder ist es, dort wo die Steuern tief sind, so teuer, dass ein Arbeiter, der bei uns arbeitet, gar nicht mehr wohnen kann? Oder wie ist das Bildungsangebot? Es gibt keine Gemeinde in der Nähe, wo man vom Kindergarten bis zur Mittelschule in der gleichen Gemeinde sein kann. Mit dem Gewerbepark und anderen Arealen haben wir für Firmen, die gerne zu uns kommen möchten, noch sehr viel Land. Wichtig ist es auch zu überlegen, dass die Firmen nicht nur Steuern für die Stadt bezahlen. Sie bezahlen auch noch Steuern für die OSW und die Kirche. Sie können aus der Kirche austreten, Unternehmen können das nicht. Sie sind gezwungen, auch Kirchensteuer zu bezahlen. Ich bin sicher, dass auch die OSW und die Kirche in den nächsten Jahren über die Steuern reden müssen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wie diese Diskussion ausgehen wird.

Als Finanzvorstand ist es meine Aufgabe und Pflicht auf diese Situation der Verschuldung hinzuweisen und wohin die Reise geht. Ich bitte Sie, nicht nur heute an die Wahlen von morgen, sondern auch von übermorgen zu denken. Denken Sie an die nachfolgenden Generationen, die dafür geradestehen müssen, den Schuldenberg abzubauen.

Patrick Höhener, Grüne: Ich stelle eine simple Frage. Wir haben jetzt ganz viele Sachen gehört, warum der Steuerfuss nicht erhöht werden kann. Meine einfache Frage ist, was sind denn aus bürgerlicher Sicht Gründe, den Steuerfuss zu erhöhen? Ich glaube, es gibt gar keine. Es gibt nur Argumente, den Steuerfuss zu senken, aber keine Argumente, ihn zu erhöhen. Man kann mit unsicheren Zeiten argumentieren, dass kann man aber immer. Es ist immer irgendwie auf eine Art unsicher. Standortattraktivität, Steuerkannibalisierung unter den Gemeinden des Zürichsees. Ja wird sind hoch. Man kann immer sagen, wenn andere Gemeinden tiefer sind, müssen wir uns diesen annähern. Die die tief sind, nähern sich noch tiefer an und man unterbietet sich gegenseitig. Es gibt immer Argumente, jetzt nicht und ich glaube, wenn man auf der bürgerlichen Seite ganz ehrlich ist, will man einfach keine Steuerfusserhöhung, man will sie nie. Auch wenn man früher sagte, wenn man hinuntergegangen ist, kann man, wenn es nötig ist, auch irgendeinmal wieder hinaufgehen. Nötig wäre es, das wissen wir alle schon ein paar Jahre, aber es ist nicht opportun und die Bürgerlichen wollen es einfach nicht. Dann seid wenigstens so offen und ehrlich und gibt es einfach zu.

Was haben die Steuersenkungen in der Vergangenheit genau bewirkt? Haben sie wirklich die Standortattraktivität gebracht, die ihr euch vorgestellt habt? Könnt ihr das nachweisen bzw. beweisen? Sagen kann man vieles. Wir machen uns lustig als Privatpersonen, wenn wir über den verantwortungslosen Umgang der amerikanischen Bürger sprechen und sehen, wie sie sich privat masslos verschulden und wir sagen, wir sind besser daran. Privat sind wir das vielleicht, aber als Staat, als Gemeinde leben wir auf Pump. Wir machen genau das Gleiche. Wir leben einfach auf Pump und finden es noch lässig. Die Zinsen sind im Moment tief und es ist gut so, aber nach uns die Sintflut. Es gibt ganz viele Staaten, wie beispielsweise Griechenland, die tief verschuldet oder afrikanische Staaten, die massiv verschuldet sind. Laos hat sich mit China einen grossen Investor ins Land geholt. Das bedeutet Abhängigkeit. Wer verschuldet ist, der verliert Autonomie, Hoheit, Macht und Entscheidungsfreiheit. Genau das machen wir da. Wir finden es gut, uns zu verschulden. Wir reden nicht von Zinsen und auch nicht davon, irgendwelche Schulden wieder abzubauen, sondern wir leben einfach auf Pump und finden es gut, es ist der richtige Weg

Ich habe das Gefühl, dass es vielen bürgerlichen Kollegen, auch wenn sie es nicht sagen, gar nicht um das Gemeinwohl geht, sondern nur um die eigene Kasse. Es soll dem Individuum gut gehen. Ich will viel Geld auf der Seite haben und möglichst wenig dem Staat abdrücken. Der Staat muss für sich selber schauen. Aber ihr seid Teil des Staats. Ich bezahle auch Steuern und das tut auch weh. Aber ich bezahle die Steuern gerne, da ich weiss, für was ich sie zahle, nämlich für eine gute Sache. Ich bitte euch, einfach etwas realistischer zu sein. Privat macht ihr auch nicht so einen Seich und lässt eure Schulden unendlich hoch werden. Mit einer Hypothek habt ihr einen Gegenwert aber wenn der Staat Schulden macht, gibt es keinen Gegenwert. Das Geld ist weg.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsidentin Rita Hug gibt es keine weiteren Anträge.)

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Da der Minderheitsantrag der GRPK deckungsgleich mit jenem des Stadtrats ist, stellt der Mehrheitsantrag den einzigen Änderungsantrag dar und es ist nur über diesen abzustimmen.

Abstimmung über den Mehrheitsantrag der GRPK (mit Stimmezählern)

Der Rat stimmt dem Mehrheitsantrag mit 18:14 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Das Gesamtpaket besteht aus dem bereits bewilligten Budget samt den Änderungsanträgen plus dem neu bewilligten Steuerfuss von 85%.

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, das Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2022 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen – unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen und zum Steuerfuss – zu genehmigen

Genehmigung des Budgets 2022 inklusive Leistungsaufträge und Steuerfuss von 85%.

(Keine Wortmeldungen.)

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem Gesamtpaket mehrheitlich zu.

Verabschiedung von Christian Gross, SP, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Lieber Christian, du wurdest im September 2012 als Ersatz für Migmar Dhakyel in den Gemeinderat gewählt. Du bist Mitglied in der GRPK und seit 2019 sogar Präsident der GRPK. Seit 2014 bist du zudem Mitglied des Zweckverbands Soziales Netz Bezirk Horgen.

Christian, warum hast du diesen Mantel nochmals anziehen müssen? Ich habe ihn gebeten, diesen Mantel nochmals anzuziehen. Es geht auf eine Geschichte zurück, an der ich das

erste Mal mit ihm an einer Sitzung war. Die damalige Aktuarin kam zu mir, Christian war noch nicht an dieser Sitzung, und sagte: "Du, dort steht so einer, der hat einen langen schwarzen Mantel an und lange Haare. Das ist sicher einer von den Grünen". Also tatsächlich hätte ich mir sehr gut vorstellen können, dass du jemand von den Grünen bist. Ich habe dich ausserordentlich geschätzt als Kollege, als Mensch und ich muss sagen, dass du eine sehr kompetente Person in der GRPK warst. Ich möchte dir sehr herzlich danken für die vielen Jahre und die grossartige Arbeit, die du für Wädenswil geleitet hast. Wie ich gehört habe, kommt nun eine andere Stadt in den Genuss deiner Arbeit. Ich wünsche dir für die Zukunft von Herzen alles Gute und viel Erfolg. Gerne darf ich dir noch Wein, eine Flagge und einen Brieföffner der Stadt Wädenswil überreichen.

GRPK-Präsident Christian Gross, SP: Es ist mir erlaubt, nach bald 10 Jahren im Rat abschliessend auch noch ein paar Worte zu sagen. Was Rita nicht gesagt hat ist, dass ich meine allererste Sitzung vergessen habe. Es ist noch lustig. Mit 20 Jahren bin ich in den Gemeinderat gekommen und musste mit relativ vielen Vorurteilen kämpfen. Ah, der Junge, kann er das, kommt er überhaupt daraus, schafft er es, rechtzeitig an die Sitzungen zu kommen? Da erste Mal habe ich es verpasst. Danach jedoch umso pünktlicher, immer dann wenn die Sitzung beginnt. Seit ich Präsident bin, vielleicht auch noch ein bisschen vorher.

Ich fand die 9 ½ Jahre als Gemeinderat wahnsinnig spannend. Wenn man immer wieder hört, dass die Jungen sich nicht für Politik interessieren, glaube ich, dass es nicht schwierig wäre, sie für Politik zu begeistern. Ich finde es auch schön, dass in den 10 Jahren, die ich jetzt hier bin, auch ein paar neue junge Gesichter gegeben hat und ich inzwischen nicht mehr ganz der Jüngste im Rat bin. Gut, ich bin auch 10 Jahre älter worden, habe ich gehört. Ich fand es meistens sehr spannend mit euch zu diskutieren. Im Plenum etwas weniger, aber vor allem in der Kommission, wo man noch einen gewissen Spielraum hat und wirklich noch Diskussionen stattfinden. Als Alter, der nun abtritt, möchte ich euch doch noch ein paar Sachen mitgeben. In den letzten Jahren hat eine Tendenz stattgefunden, die mir Sorgen macht und die ich sehr bedenklich finde und zwar, dass man sich in der Politik von der Realität löst. Das haben wir beispielsweise gesehen, als Budgetanträge für Streichungen gekommen sind zu Sachen, die bereits ausgegeben worden sind. Diese mussten für ungültig erklärt werden, alles sehr aufwändig. Auch heute Abend haben wir es wiedergesehen, als eine Fraktion fand, dass die düsteren Prognosen, die der Stadtrat erstellt hat, wahrscheinlich gar nicht stimmen, ohne detailliert zu sagen, warum denn. So kommen wir nicht weiter. Ich glaube, die Politik zeichnet sich dafür aus, dass wir unterschiedliche Haltungen haben und das ist auch gut so und das will ich euch auch nicht nehmen. Ich werde glaube nie mit einer FDP, CVP oder SVP einer Meinung sein, ja hoffentlich auch nicht, sonst könnten wir nach Hause gehen. Aber was sein muss ist, dass man sich in der Interpretation nicht einig ist aber mindestens in der Realität sollte man sich einig werden. Ich hoffe, dass ihr das in Zukunft wieder erreicht, realistische Politik zu machen und innerhalb des Realismus kann es immer noch einen rechten und linken Standpunkt geben.

In diesem Sinne verabschiede ich mich von euch und bedanke mich für die 9 ½ Jahre, in denen ich mit euch hitzig, einmal weniger hitzig, manchmal angriffig, manchmal weniger angriffig diskutieren konnte und wünsche euch allen viel Erfolg bei den nächsten Wahlen.

Gemeinderatspräsidentin Rita Hug: Wir sind am Schluss der Sitzung angekommen. Ich möchte euch allen sehr herzlich danken für die grossartige Arbeit, die ihr dieses Jahr geleistet habt, es ist sehr viel gelaufen. Wir haben viele Stunden für die Bevölkerung von Wädenswil investiert. Vielen Dank auch dem Büro, das wirklich immer da ist.

Ich wünsche euch ganz geruhsame schöne Feiertage und alles Gute und dass ihr es wirklich auch etwas geniessen könnt.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsidentin Rita Hug schliesst die Sitzung.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.